

20/1992

Orientierung für Deutschland



Bundesausschuß der CDU Deutschlands am Montag, dem 15. Juni 1992 in Bonn

- Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir haben Grund zur Zuversicht, wenn wir unsere Kraft nutzen. Seite 2
- Generalsekretär Peter Hintze: Die CDU steht vor ihrer größten Herausforderung seit den 50er Jahren. Seite 14
- Wolfgang Schäuble: Unser vorrangiges Ziel ist die politische Einigung Europas. Seite 19

Dokumentation

Bundeskanzler Helmut Kohl: Unsere Verantwortung in der Welt

- Erklärung der Bundesregierung am 17. Juni 1992 im Deutschen Bundestag. Grüner Teil

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir haben Grund zur Zuversicht, wenn wir unsere Kraft nutzen

Diese Sitzung des Bundesparteiausschusses findet zu einer Zeit statt, von der die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland für die nächsten Jahre ganz wesentlich bestimmt wird. Wir stehen jetzt in den gut zwei Jahren bis zur nächsten Bundestagswahl vor wichtigsten innen- und außenpolitischen Entscheidungen.

Es ist unsere Pflicht, jetzt den Bürgern in unserem Land, aber auch all denen, die die Bundesrepublik Deutschland von außen beobachten, deutlich zu machen, daß wir die Fähigkeit und den Willen haben, die anstehenden Probleme zu lösen — auch wenn es sich dabei um ungewöhnlich schwierige Probleme handelt, bei denen wir den Menschen nicht nach dem Mund reden können, sondern ungeachtet der jeweiligen Stimmungslage aus unserer eigenen Überzeugung heraus das Richtige tun müssen.

Wir können dies nur tun, wenn wir als die entscheidende Kraft in der Regierungskoalition in Bonn unser Handeln an unseren Grundsätzen orientieren und ihnen treu bleiben. Es kommt uns als CDU eine besondere Verantwortung zu: Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, als die stärkste politische Kraft entsprechend zu handeln.

In allen westlichen Demokratien — ich konnte das gerade am vorvergangenen Wochenende in den USA feststellen, und jeder kann es in Europa erkennen — sind für die klassischen Volksparteien schwierige Zeiten angebrochen. Populistische Protestbewegungen sind überall spürbar.

Es gibt eine Verunsicherung, die zwar viele Gründe hat, die sich aber vor allem gegen die großen Volksparteien wendet. Es gibt ein politisches Großklima, das von einem allgemeinen Unbehagen gekennzeichnet ist, das aber zum Teil von interessierter Seite auch bewußt herbeigeführt wird.

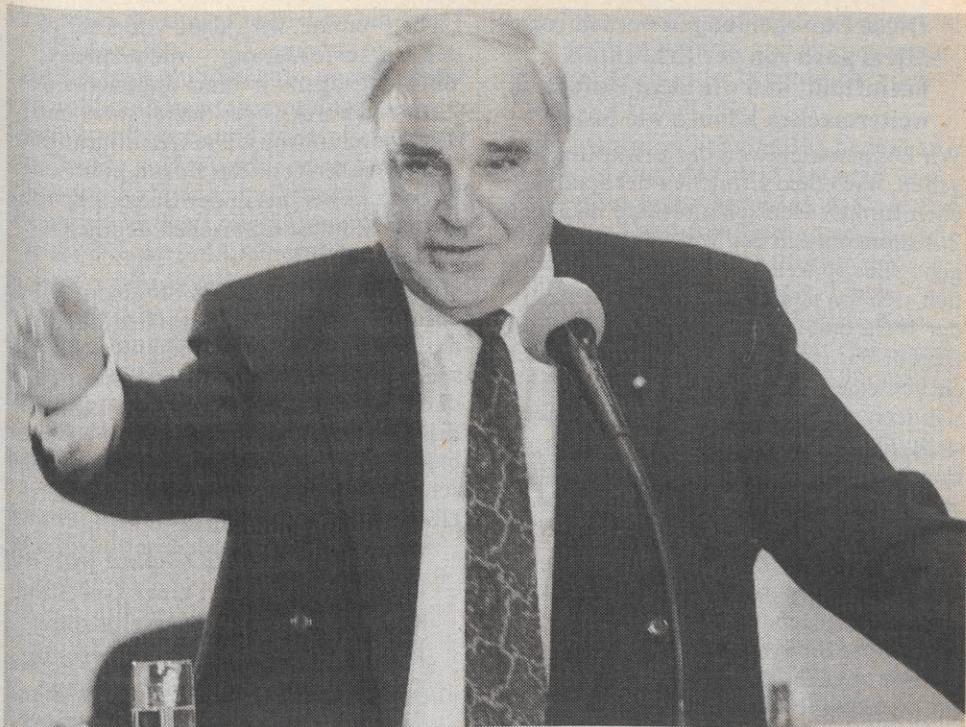
Die Gründe sind mannigfaltig, aber einer der wichtigsten Gründe ist in meinen Augen, daß sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt überfordert fühlen.

Es ist wahr: Wir haben immer die deutsche Einheit gefordert. Es ist wahr: Wir

Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf der Sitzung des Bundesausschusses der CDU am 15. Juni 1992 in Bonn

haben immer gefordert, die Mauer müsse weg. Es ist wahr: Wir haben immer darauf gehofft, daß der Kommunismus zusammenbricht. Aber jetzt, da dies alles wirklich eingetreten ist, fragen sich viele beinahe ängstlich: Mußte das alles so schnell gehen?

Die dramatischen Veränderungen in der Sowjetunion, die Bilder von den blutigen Auseinandersetzungen in Jugoslawien,



HELMUT KOHL: Wir haben eine große Chance, aus 40 Jahren deutscher Geschichte für die Zukunft zu lernen, und meine Bitte an uns alle ist, daß wir unsere Aufgabe im Miteinander für das gemeinsame deutsche Vaterland sehen.

die Probleme bei der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands, die Wanderungsbewegungen von Ost nach West, von Süd nach Nord — das alles stürmt täglich auf die Menschen ein und stört manchen in seinem behaglichen Wohlstand. Gleichzeitig — das ist ein bitterer Preis für die zunehmende Säkularisierung in unserer Gesellschaft — nehmen die Zukunftsängste zu, und die handelnden Politiker werden mit kritischen Fragen überhäuft, denen andere, beispielsweise manche in den Kirchen, ausweichen und für die die Politik gar nicht zuständig sein kann.

Wenn wir nicht immer sofort eine konkrete Antwort geben können, sollten wir

das auch ehrlich zugeben. Wir müssen auf die Menschen zugehen. Das heißt keineswegs, daß wir jeder momentanen Stimmung nachgeben sollen. Im Gegenteil: Spätestens seit den Wahlverlusten in Baden-Württemberg, in Schleswig-Holstein und Berlin heißt das Gebot der Stunde, daß wir als Union klaren Kurs halten, auch wenn andere opportunistisch schwanken.

Deswegen ist es wichtig, daß wir wie geplant bis zur Sommerpause — Wolfgang Schäuble wird im Detail berichten, was gegenwärtig in der Fraktion erarbeitet wird — gemeinsam mit der Partei und ihren Gremien die notwendigen Entscheidungen treffen.

Diese Entscheidungen werden vor allem auch von der Erkenntnis beeinflusst, daß wir nicht einfach so weitermachen können wie bisher.

Wir können nicht von der Erwartung ausgehen, nach dem Erreichen der staatlichen Einheit Deutschlands und nach dem Zusammenbruch des Weltkommunismus gehe alles so weiter wie bisher. Es handelt sich um eine säkulare Veränderung der Welt, und wir müssen dem Rechnung tragen. Wir müssen dabei allerdings auch ehrlich zugeben, daß vieles von dem, was sich jetzt als schwieriges Problem herausstellt, überhaupt nichts mit den neuen Bundesländern zu tun hat, sondern daß es im Laufe der Jahre in der alten Bundesrepublik zum Problem geworden ist. Und diese Probleme hätten wir auch lösen müssen, wenn es die Wiedervereinigung nicht gegeben hätte. Wenn ich beispielsweise die Konsequenzen aus der äußerst ungünstigen demographischen Entwicklung in unserem Land — niedrige Geburtenrate und Tendenz zur Überalterung — betrachte, wenn ich die Wochen- und Lebensarbeitszeit in Deutschland mit der bei unseren Hauptkonkurrenten auf den Weltmärkten vergleiche, dann sind das Beispiele für die Notwendigkeit, jetzt verantwortlich zu handeln.

Ich sage aber auch ganz klar: Bei all diesen Schwierigkeiten gibt es in meinen Augen keine Koalitionsoption. Wer also gelegentlich in den letzten Monaten — weniger bei uns als im interessierten anderen Lager — über eine Große Koalition nachgedacht hat, der muß wissen, daß eine Große Koalition überhaupt keine besseren Lösungen anzubieten hätte, sondern daß nach aller Lebenserfahrung dort die Probleme eher verschleppt würden.

Liebe Freunde, wir stehen vor einer großen Herausforderung — nicht zuletzt, vielleicht sogar vor allem angesichts des Zusammenbruchs des Sozialismus und des Kommunismus. Die Orientierungslosigkeit vieler Teile des linken politischen Spektrums bei uns in der Bundesrepublik Deutschland ist inzwischen deutlich erkennbar.

Dies gilt auch besonders für einen Teil des sogenannten intellektuellen Lagers, das ja eigentlich jetzt seine große Stunde sehen müßte, aber zu einem großen Teil damit beschäftigt ist, frühere Bekenntnisse aus der Welt zu schaffen, weil es zu blamabel ist, zugeben zu müssen, wie entscheidend man sich über den Lauf der Geschichte getäuscht hat.

Wir können unsere Chance jetzt nur nutzen, wenn wir in einer Geschlossenheit, die aus der gemeinsamen Erarbeitung von Lösungsvorschlägen erwächst, die Probleme angehen. Und wir können diese Chance nur nutzen — ich sage dies mit äußerstem Nachdruck —, wenn wir bei allen, auch den tagespolitischen Herausforderungen von den ethischen Grundlagen unserer Politik ausgehen, wenn wir ohne Anpassung an den Zeitgeist — möglicherweise auch gegen ihn — Position beziehen.

Wir haben in der vor uns liegenden Zeit vor allem die wichtige Aufgabe, nicht nur unseren materiellen, sondern auch unseren menschlichen Beitrag zur inneren Einheit Deutschlands zu leisten. Ich glaube, wir sind dazu mehr berufen als alle anderen, weil wir als Christlich Demokratische Union Deutschlands stets für die Einheit Deutschlands eingetreten sind. Wir müssen nicht frühere Parteitagebeschlüsse vergessen machen, wir müssen keine Reden umschreiben, wir waren

immer für die deutsche Einheit, und wir empfinden sie als ein Geschenk an uns Deutsche, als ein Glück für unsere heutigen und künftigen Generationen, als Chance und als Grund zur Hoffnung und zur Freude, und wir widersprechen mit Nachdruck all jenen in Deutschland, die dieses großartige Ereignis unserer Geschichte mies machen wollen.

Natürlich wissen wir um die ungeheuren Schwierigkeiten und Probleme, die die deutsche Einheit jetzt mit sich bringt. Und weil es selbst in unserem Kreis häufig vergessen wird, will ich auch hier den Faktor Zeit erwähnen. Man muß sich klar machen, daß wir vor gerade 24 Monaten noch über die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion in Deutschland diskutiert haben.

Und man darf doch daran erinnern, daß ein beachtlicher Teil derjenigen, die heute die Krise beschwören, uns auch damals vorausgesagt haben, daß unsere Entscheidung falsch sei, daß man abwarten müsse, daß man viel vorsichtiger ans Werk gehen müsse.

Wir wären heute in einer viel schwierigeren Situation, wenn wir damals diese Entscheidung nicht getroffen hätten.

Ich will auch im Interesse unserer Freunde, die in den neuen Ländern Verantwortung tragen, hier noch einmal daran erinnern, daß es ja gerade 20 Monate her ist, seit in den neuen Bundesländern neue Verwaltungen eingerichtet wurden und man mit der Arbeit beginnen konnte. Diejenigen, die in Westdeutschland an diesem oder jenem Kritik üben, möchte ich einfach daran erinnern, wie lange wir nach 1945 gebraucht haben, bis die Dinge einigermaßen ins Laufen gekommen sind.

Ich habe große Bewunderung für viele in den neuen Bundesländern, die noch vor

zwei Jahren nicht ahnten, daß sie jetzt in einer solchen Verantwortung stehen würden und die in einer beeindruckenden Weise ihre Pflicht tun.

Wenn wir dies alles sorgfältig bedenken, dann wird auch das nicht eintreten, was gelegentlich befürchtet wird, daß nämlich nach dem Abriß von Mauer und Stacheldraht eine Mauer in den Herzen der Deutschen entstehen könnte. Liebe Freunde, wenn wir dies zuließen, dann würden wir das Geschenk der Geschichte an die Deutschen — die deutsche Einheit — verspielen.

Leider mußten wir erkennen, daß diese Trennung von über 40 Jahren noch tiefergehend war, als viele von uns geglaubt hatten. Natürlich tun sich fast täglich neue Probleme auf, mit denen in dieser Form einfach nicht zu rechnen war.

Aber wenn eine Partei wie die CDU Solidarität immer als eine Grundlage ihrer Programmatik betrachtet hat, dann ist jetzt die Stunde gekommen, diese Solidarität nicht nur auf Transparenten zu proklamieren, sondern schlicht und einfach zu leben.

Dann heißt das — vor allem für diejenigen, die wie ich aus dem Westen unseres Landes kommen und das Glück hatten, seit Jahrzehnten in Frieden und Freiheit leben zu können —, zurückhaltend zu sein mit diesem oder jenem Urteil und Verständnis füreinander zu entwickeln.

Man muß sich beispielsweise einmal klar machen, was es heißt, wenn die Bundestagskollegen aus den neuen Ländern, wenn die Kollegen aus den Landtagsfraktionen der neuen Länder, wenn die Mitglieder der Landesregierungen heute von hier nach Hause gehen und dort wieder mit der Tatsache konfrontiert werden, daß vierzig, fünfzig oder gar sechzig Pro-

zent der arbeitsfähigen Bevölkerung in dieser schwierigen Übergangszeit arbeitslos sind.

Um einmal klarzumachen, was das heißt, will ich gar nicht so weit zurückgehen und schildern, wie das unmittelbar nach dem Krieg hier im Westen aussah, sondern ich will nur einmal an den gewaltigen Theaterdonner erinnern, als es in Duisburg-Rheinhausen vor wenigen Jahren darum ging, daß Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz wechseln sollten, um in der „gewaltigen Distanz“ von neun Kilometern auf der anderen Rheinseite einen neuen sicheren Arbeitsplatz zu bekommen.

Wir haben in diesen Jahrzehnten des Wohlstands, den wir ja wesentlich mit erarbeitet haben und den wir auch bejahen, offenbar schon ein wenig den Blick für die Verhältnismäßigkeit der Mittel verloren. Doch darauf kommt es mir an, wenn wir über die Lage in den neuen Ländern sprechen. Es darf keine Stimmung aufkommen: „Ost gegen West.“ Ich sage auch zu den Freunden in den neuen Ländern: Wer etwa aus Profilierungsgründen mit dem Gedanken spielt, die Ostdeutschen — wie jetzt gesagt wird — in eigenen Gruppierungen zusammenzufügen, der muß wissen, daß er damit überhaupt nichts erreicht.

Was wir brauchen, ist eine **gesamtdeutsche** Solidarität. Liebe Freunde, es handelt sich auch nicht um ein Zusammenkommen von reichen Verwandten mit den armen Verwandten, die jetzt glücklicherweise miteinander sprechen können, sondern wir wissen sehr genau, daß wir einander nicht nur brauchen, sondern einander auch viel geben können — die aus Weimar, aus Leipzig, aus Brandenburg oder aus Rostock genauso wie die aus Bonn, aus Frankfurt, aus Hamburg oder aus München. Dies ist keine Einbahnstraße des Gebens und Nehmens.

Wir haben eine große Chance, aus 40 Jahren deutscher Geschichte für die Zukunft zu lernen, und meine Bitte an uns alle ist, daß wir unsere Aufgabe im Miteinander für das gemeinsame deutsche Vaterland sehen. Das heißt auch, um das gleich zu sagen: klare Priorität für die neuen Bundesländer im Bundeshaushalt.

Wir haben dazu in diesen Wochen wichtige Entscheidungen zu treffen. Anfang Juli werden wir im Parteivorstand, in der Bundestagsfraktion, in der Koalition und in der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 1993 die notwendigen Beschlüsse treffen. Von ihnen müssen vor allem Signale der Solidität ausgehen. Denn bei all den verständlichen Forderungen, die ich jeden Tag höre — wir werden unserer Pflicht nur dann genügen und die Bundestagswahl 1994 nur dann gewinnen, wenn wir den Haushalt des Staates in Ordnung halten, wenn wir die Ausgaben begrenzen.

Das ist auch für die gesamte ökonomische Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Für ebenso wichtig halte ich die Preisstabilität. Hier möchte ich unter allen Umständen erreichen, daß bei der Preissteigerungsrate zum Ende dieses Jahres die vier vor dem Komma verschwindet.

Die Situation in Deutschland und die Situation in Europa erfordert eine Neubewertung der finanzpolitischen Prioritäten. Wer jetzt Verteilungskämpfe führt, hat keine Einsicht in die Notwendigkeiten, die der Aufbau in den neuen Bundesländern mit sich bringt. Wenn etwa jede vierte Mark aus dem Bundeshaushalt zugunsten der neuen Bundesländer verwendet wird, wenn allein in diesem Jahr aus öffentlichen Kassen netto rund 140 Milliarden Mark dorthin fließen, dann ist

das die richtige Politik, die wir in den neuen wie in den alten Bundesländern gemeinsam mit Entschiedenheit vertreten müssen.

Natürlich muß dann noch anderes hinzukommen. Beispielsweise ist es ganz entscheidend, daß es gelingt, die privaten Investitionen in den neuen Bundesländern, die noch keineswegs ausreichend sind, zu steigern. Denn dies ist eine wesentliche Voraussetzung für neue Arbeitsplätze, für dynamisches Wachstum, für sichere Einkommen und nicht zuletzt für die soziale Sicherheit. Dies ist aber keine Aufgabe nur der Bundesregierung oder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion oder der unionsregierten Bundesländer — diese Aufgabe geht alle an.

Man kann den Föderalismus nicht immer nur dann loben, wenn es für das jeweilige Bundesland einen konkreten Vorteil bedeutet; Föderalismus gebietet immer auch Gesamtverantwortung für Deutschland. Diese Gesamtverantwortung gilt darüber hinaus für alle Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Gerade die Erfahrung mit der Tarifdiskussion in diesem Jahr hat gezeigt, welche Risiken damit verbunden sind, wenn einigen der Blick für das Ganze verloren geht; diese Risiken müssen unter Kontrolle gehalten werden, wenn wir nicht die Währungsstabilität gefährden wollen.

Ich sage es noch einmal: Niemand hat das Recht — und jeder, der sich anders verhält, muß auf unseren Widerspruch stoßen — , so zu tun, als habe sich in Deutschland nichts verändert.

Ich weiß, welche enormen Schwierigkeiten die Begrenzung des Ausgabenwachstums im Bundeshaushalt auf durchschnittlich zweieinhalb Prozent bedeutet, aber ich sehe keine Alternative zu dieser Politik — vor allem auch unter dem

Gesichtspunkt, daß wir Deutschen unseren Beitrag zu einer Verbesserung der internationalen ökonomischen Situation leisten müssen.

In wenigen Wochen werden wir Gastgeber in München beim Weltwirtschaftsgipfel der sieben großen Industrienationen sein. Von allen Seiten schaut man jetzt auf uns — angesichts der weltwirtschaftlichen Flaute, die in den USA das ökonomische Klima nachhaltig beeinflußt und in der Zwischenzeit auch an Japan nicht spurlos vorübergegangen ist.

In dieser Situation erwartet man von uns, daß wir die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bei uns und unsere finanzpolitischen Möglichkeiten auch unter dem Gesichtspunkt sehen, wie wir als eine große Industrienation mit einer stabilen Währung unseren Beitrag zu einer Verbesserung der weltwirtschaftlichen Lage leisten können.

Diese Politik, liebe Freunde, muß intensiv diskutiert werden, in der Partei, in der Fraktion, in der Koalition, und dann müssen wir gemeinsam die notwendigen Entscheidungen treffen. Das gilt für die westlichen Bundesländer, das gilt aber auch für die östlichen Bundesländer.

Dort kommt es nicht nur auf die finanzielle Ausstattung an. Denn wir müssen unseren Freunden dort auch zurufen, daß wir in vielen Bereichen schneller vorankommen müssen, etwa beim Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen oder beim Tempo von Verwaltungsentscheidungen. Man sollte dort nicht einfach Entwicklungen aus den alten Bundesländern übernehmen, in denen ja viele Entscheidungsprozesse in den letzten Jahren immer schleppender vorangekommen sind.

Wir können beispielsweise bei der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern nicht mit den übermäßig lan-

gen Fristen arbeiten, wie die in den alten Bundesländern inzwischen leider üblich geworden sind.

Liebe Freunde, wir waren nach 1982 mit einem klaren Wirtschafts- und Finanzkonzept erfolgreich, weil wir den Willen und die Disziplin hatten, diesen Erfolg herbeizuführen. Ich bin fest entschlossen, an diese Erfahrung anzuknüpfen, die uns ja beachtliche Erfolge in kurzer Zeit gebracht hat — beispielsweise über drei Millionen neue Arbeitsplätze.

Wir haben in diesem Zusammenhang auch über neue Prioritäten bei den Sozialleistungen zu sprechen, denn christlich-demokratische Politik muß immer auch eine Politik für soziale Gerechtigkeit sein. Hier stellt sich uns eine neue Herausforderung.

Jeder muß erkennen, daß angesichts der schon erwähnten demographischen Entwicklung — einfach ausgedrückt: angesichts der erfreulichen Tatsache, daß immer mehr Menschen bei beachtlicher Gesundheit ein hohes Alter erreichen und angesichts der anhaltend niedrigen Geburtenzahl — auch das System sozialer Sicherung als Ganzes neu überdacht werden muß.

Wir können einfach nicht hinnehmen — das hat übrigens gar nichts mit den Folgen der deutschen Einheit zu tun —, daß von 1991 auf 1992 die Gesundheitskosten um über zehn Prozent steigen und daß diese Entwicklung möglicherweise sogar noch weitergeht. Jedermann muß wissen, daß unser System der Rentenversorgung eng mit diesen Kosten zusammenhängt und daß hier Handlungsbedarf besteht. Wir werden deshalb in diesen Wochen die notwendigen Entscheidungen treffen. Ich verweise in diesem Zusammenhang — über die Details wird Wolfgang Schäuble noch sprechen — auch auf die Pflegeversicherung. Das ist nicht irgendeine

abwegige Idee von ein paar Sozialpolitikern in der Union, sondern das ist ein zwingendes Gebot der sozialen Gerechtigkeit angesichts der Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben. Und deswegen besteht die Lösung mit Sicherheit nicht darin, daß man das Problem zwar erkennt, aber gleichzeitig auf die lange Bank schiebt.

Wir müssen dieses Problem lösen — und zwar so, daß die ökonomische Entwicklung unseres Landes nicht stranguliert wird, sondern daß die Lösung für alle Beteiligten erträglich ist: auch für die, die die Kosten tragen müssen. Aber weil diese Frage fast nur noch unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutiert wird, betone ich noch einmal:

Hier geht es nicht nur um technische Details, sondern auch um ein Stück Dankeschuld der jungen Generation gegenüber jener Generation, die nach dem Krieg unser Land aus Trümmern wieder aufgebaut hat.

Liebe Freunde, wir stehen jetzt in Europa vor einer Entscheidung, deren Dramatik vielen noch gar nicht klar geworden ist. Um was geht es denn eigentlich? Bei allem Ärger über die Brüsseler Bürokratie, gegen die entschieden etwas unternommen werden muß, bei allen sonstigen Fragen, die sich in diesem oder jenen Punkt zu Recht stellen — etwa auch der Frage, ob die europapolitische Sprache mit all ihren abstrakten Kürzeln nicht inzwischen so unverständlich geworden ist, daß sie Animosität, ja Ängste hervorruft, — bei all diesen berechtigten Einwänden überwiegt doch die entscheidende Erfahrung, daß sich Europa völlig verändert hat.

Die traditionellen Denkmuster „Ost und West“ sind weggefallen, wir finden uns jetzt in einer Welt wieder, in der vieles

Wirklichkeit geworden ist, was wir uns immer gewünscht haben, und in der wir nun auf neue Herausforderungen die richtigen Antworten geben müssen.

Wir würden vor der Geschichte versagen — und zwar mit dramatischen Folgen — , wenn wir uns jetzt mit der deutschen Einheit begnügen und die politische Einigung Europas nicht zum jetzigen Zeitpunkt, d. h. noch in diesem Jahrzehnt herbeiführten.

Wer ehrlich ist, muß doch erkennen, daß im Jahre 1990 nur sehr wenige außerhalb der deutschen Staatsgrenzen bereit waren, ein uneingeschränktes Ja zu deutschen Einheit zu sagen. Es gab wenige, die das offen ausgesprochen haben; eine Dame hat sich besonders dabei hervorgetan, aber sie war wenigstens aufrichtig, denn sie hat das gesagt, was viele andere nur gedacht haben. Wenn ich das so direkt anspreche, hat das nichts damit zu tun, daß ich etwa die Unterschrift unserer Freunde und Partner unter den vielen Verträgen und Erklärungen vergessen hätte, in denen die Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung als gemeinsames Ziel formuliert wurde.

Die Verwirklichung dieses Ziels hat man allerdings stets für einen viel späteren Zeitpunkt erwartet — vielleicht irgendwann im nächsten Jahrhundert. Doch wir Deutschen haben nicht den geringsten Grund, unsere Nachbarn deshalb zu kritisieren, wo doch selbst ein Großteil der sogenannten führenden politischen Schicht in Deutschland seinerseits längst das Ziel der deutschen Einheit aufgegeben hatte.

Vor diesem Hintergrund müssen wir bedenken, daß Deutschland mit seinen 80 Millionen Menschen als stärkste Industrienation in Europa für viele Nachbarn schwer erträglich ist. Und im Gegensatz

zu manchen in Deutschland hegt außerhalb der deutschen Staatsgrenzen niemand den geringsten Zweifel, daß dieses Deutschland in wenigen Jahren nach dem Wiederaufbau in den neuen Bundesländern — wie es François Mitterrand vor einigen Monaten formuliert hat — viel stärker sein wird als zuvor.

Dieser Gedanke ruft bei nicht wenigen auch die geschichtlichen Erfahrungen dieses Jahrhunderts in Erinnerung. Da gibt es verständliche Ängste, die aus der Vergangenheit herrühren — aber natürlich auch Ängste, die künstlich geschürt werden und in Wahrheit mehr Ausdruck von Neidkomplexen sind.

Bei einem Blick auf die geopolitische Lage Deutschlands in Europa ist leicht zu erkennen, daß das, was in unserem Land geschieht, alle unsere Nachbarländer in dieser oder jener Form berührt — und umgekehrt. Ich erinnere mich in diesen Tagen immer wieder daran, was Konrad Adenauer 1954 vor der Abstimmung in der französischen Kammer über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft befürchtet hat: Wenn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht zustande komme, werde es mindestens 25 Jahre dauern, bis ein neuer Versuch möglich sei.

Ich sage Ihnen heute: Wenn wir jetzt zur deutschen Einheit nicht die Politische Union Europas hinzufügen, wird es mindestens wieder 25 Jahre oder noch länger dauern, bis uns ein neuer Anlauf gelingt — und es wird schwieriger sein als in der Zeit von 1954 bis zum Maastrichter Vertrag 1991, weil damals der Druck des Ost-West-Konfliktes die Westeuropäer schon aus Gründen der gemeinsamen Sicherheitsinteressen dazu zwang, sich zusammenzuschließen.

Aber indem dieser Druck der Kriegsangst gewichen ist, werden mancherorts in Europa wieder die alten Töne laut, daß man mit etwas Chauvinismus, mit etwas Nationalismus vielleicht besser fahren könnte. Es soll niemand glauben, das finde nur in Serbien, in Kroatien oder anderswo in Südosteuropa statt. Wer genau hinschaut, muß feststellen, daß es kein Land in Europa gibt — auch nicht Deutschland —, das von sich behaupten kann, es sei von diesem Virus völlig frei. Deswegen ist es von größter Bedeutung, daß wir jetzt in Europa vorankommen.

Zug nach Europa

Ich werde alles tun, damit auf dem Lissaboner EG-Gipfel Ende dieses Monats das geschieht, was wir in diesen Tagen mit Frankreich und anderen Partnern verabredet haben, nämlich daß der Zug nach Europa nicht gestoppt wird und daß wir alle Möglichkeiten erwägen, unseren Partnern und Nachbarn in Dänemark die Chance zu geben, mit diesem Zug weiterzufahren. Allerdings muß Dänemark seinen Partnern in der EG rechtzeitig und klar sagen, was es selbst will.

Gleichzeitig muß auch klar sein, daß wir jetzt in Lissabon beschließen müssen, die Erweiterung der Gemeinschaft zu beschleunigen. Wenn Österreich, Schweden, Finnland und die Schweiz entsprechend ihren Beschlüssen beitreten wollen und wenn noch in diesem Jahr — was durchaus möglich ist — Norwegen einen entsprechenden Beschluß faßt, dann müssen wir ihnen entgegenkommen und für ihren Beitritt das Jahr 1995 ins Auge fassen.

Liebe Freunde, bei all dem, was wir innenpolitisch zu leisten haben, kann ich nur beschwörend sagen: wir Deutsche würden vor der Geschichte versagen, wenn wir uns mit der nationalen Einheit

begnügten und nicht alles daran setzen würden, in diesem entscheidenden Abschnitt europäischer Geschichte die Einigung unseres Kontinents zusammen mit unseren Partnern weiter voranzubringen. Natürlich ist da noch viel zu tun. Natürlich stellt sich auch mancher die bange Frage, was möglicherweise aus der gewohnt stabilen D-Mark werden könnte.

Ich kann nur sagen, wir werden nichts unterstützen — und das besagt ja auch der Vertrag von Maastricht —, was zu einer europäischen Währung führen könnte, die nicht den Stabilitätskriterien entspricht, die wir auch bei der D-Mark anlegen.

Wir wollen die politische Einigung in Europa, wir wollen ein föderales Europa, in dem unsere Bundesländer auch in Zukunft ihre verfassungsmäßige Stellung behaupten können — das ist der Sinn der anstehenden Verfassungsänderung. Wir wollen kein Europa, in dem die Traditionen und die Eigenarten der Regionen eingeebnet werden. Wir wollen die „Vereinigten Staaten von Europa“.

Wir wollen keinen Schmelztigel nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika — wir bleiben Italiener, wir bleiben Deutsche, wir bleiben Briten oder Franzosen —, aber wir wollen ein festes europäisches Dach über diesem alten Kontinent bauen, das eine Zukunft in Frieden und Freiheit für alle europäischen Völker und vor allem auch für unser eigenes Volk sichert.

Meine Damen und Herren, auf der Konferenz von Rio habe ich einmal mehr erfahren, wie sehr die Staats- und Regierungschefs vieler Länder in Lateinamerika, in Afrika und in Asien auf Europa setzen und dabei nicht zuletzt auch auf uns Deutsche. Ich habe übrigens keinen einzigen getroffen, der daran gezweifelt

hätte, daß wir Deutschen die Probleme der deutschen Einheit lösen werden; sie setzen darauf und sie setzen im übrigen auch auf unsere Solidarität.

Ich habe in Rio gesagt, daß wir Deutschen heute vor drei großen Herausforderungen stehen.

● **Erstens:** Unsere besondere Solidarität gilt den Menschen in den jungen Bundesländern.

● **Zweitens:** Unsere besondere Solidarität gilt aber auch unseren Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Unsere Hilfe für diese Nachbarländer ist übrigens auch für uns selbst von existentiellstem Interesse, denn wenn ich — beispielsweise — an die über 20 Kernkraftwerke in Rußland und in der Ukraine denke, deren Sicherheitsanforderungen etwa auf dem Niveau von Tschernobyl oder noch darunter liegen, dann wird deutlich, daß dieses Problem nicht nur die Ukraine berührt.

● Ich habe **drittens** von der Pflicht und unserem Willen zur Solidarität mit der Dritten Welt gesprochen. Wenn unsere Überzeugung, daß uns die Schöpfung anvertraut ist, um sie pfleglich zu behandeln und in lebenswertem Zustand an die nächste Generation weiterzugeben, in Rio auf sehr viel deutlichere Zustimmung gestoßen ist, so ist das auch ein Beitrag für die künftige Entwicklung bei uns. Im übrigen haben inzwischen ja auch die meisten Leute begriffen — wer es noch nicht begriffen hat, muß auf die nächste Hannover-Messe gehen —, daß man auch mit moderner Umwelttechnik gute Geschäfte machen kann, und daß es auch wirtschaftlich sinnvoll ist, wenn man in der Sozialen Marktwirtschaft Ökonomie und Ökologie vernünftig miteinander verbindet.

Liebe Freunde, wir werden unsere Aufgaben nur gemeinsam mit unseren Freunden in der CSU lösen können. Die CSU

ist nicht irgendeine Partei, sie ist unsere Schwesterpartei. Sie geht von den gleichen Grundwerten aus, und wir werden nur gemeinsam die Zukunft gestalten können.

Wer allerdings glaubt, er könne mit einer kleinen Gruppe von „Mitreisenden“ in den neuen Bundesländern Erfolg haben, der wird einmal mehr von dem Ergebnis enttäuscht sein.

Wir wollen unsere Ziele auch in der Koalition mit den Freien Demokraten erreichen. Es ist eine Binsenwahrheit, daß eine Koalition auf Kompromisse angelegt ist und daß diese Kompromisse nicht leichter zu erreichen sind, wenn die Lage in einer Koalitionspartei besonders schwierig ist. Ich gehöre nicht zu denen, die von morgens bis abends alles studieren, was Herr Kubicki oder dieser oder jener in der FDP gesagt haben.

Wir haben nur den Wunsch, daß die FDP das Notwendige zu einem gemeinsamen Erfolg in der Koalition beiträgt. Eine Koalition kann nicht erfolgreich sein, wenn der eine sich zu Lasten des anderen profiliert. Das gilt für alle, für uns, für die CSU und für die FDP.

Grundsatzprogramm

Liebe Freunde, wir sind gerade dabei, unser Grundsatzprogramm zu überarbeiten. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe. Manch einer hat ja leise gezweifelt, ob es so klug sei, daß wir nach einer breiten Diskussion in den Kreisverbänden ausgerechnet zu Beginn des Jahres 1994 auf einem Parteitag dieses überarbeitete Grundsatzprogramm verabschieden wollen.

Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, daß wir dies tun, denn ich glaube, es ist wichtig, daß die Bürger unseres Landes, unsere Mitglieder, unsere Wähler erken-

nen, wo die CDU programmatisch steht, wie ihre Antworten im grundsätzlichen aussehen und welche konkreten Antworten sie auf tagespolitische Fragen gibt.

Deswegen habe ich mich hier auch persönlich stark engagiert und bin all denen dankbar, die sich bisher schon mit großer Energie der Arbeit in der Grundsatzprogrammkommission gewidmet haben.

Wir werden in dieser Kommission und mit ihr die neuen Themen diskutieren, die sich uns stellen, und natürlich auch neue Überlegungen anstellen. Ich bitte Sie wirklich sehr herzlich, darauf hinzuwirken, daß nicht bei jedem Gedanken, der im Laufe dieser Diskussion geäußert wird, alle Alarmglocken wegen vermeintlichen Zusammenbruchs der ethischen Grundlagen der Union geläutet werden. Entscheidend ist doch nicht, was jetzt im Einzelfall von diesem oder jenem gesagt wird — das ist lediglich ein Beitrag zur Diskussion —, entscheidend ist das Dokument, das wir gemeinsam auf dem Bundesparteitag 1994 verabschieden werden. Wir sollten fair und offen in dieser Diskussion miteinander umgehen.

Ich sage aber auch unmißverständlich, daß jedenfalls mit mir keine Kursänderung im Grundsätzlichen zu machen ist, bei der diejenigen Mitglieder ihre politische Heimat verlieren, die immer die Kernmannschaft unserer Union waren.

Wir bleiben die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Über den grundsätzlichen Kurs unserer Politik kann es überhaupt keinen Zweifel geben, selbst wenn wir auf Grund von Umfragen genau wissen, daß wir in dieser oder jener Frage nicht mehrheitsfähig sind. Entscheidend ist, daß wir unsere prinzipiellen Positionen halten. Das trägt auch

zur Integration der Union bei: zur Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Christen, von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft und aus den verschiedensten Regionen Deutschlands.

Das „C“ ist zu verstehen als Anspruch an uns selbst: Aus unserem Verständnis vom christlichen Menschenbild gestalten wir Politik — wohl wissend, daß wir diesem Anspruch nicht immer gerecht geworden sind.

Liebe Freunde, deswegen ist auch die Art und Weise, wie wir in diesen Tagen beim Thema § 218 miteinander umgehen, von allergrößter Bedeutung. Ich betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, daß in unserer Partei Gewissensfreiheit herrscht. Ich finde es übrigens ziemlich unerträglich, daß das betont werden muß; denn wir würden unsere Überzeugung verraten, wenn in dieser Partei nicht selbstverständlich Gewissensfreiheit herrscht.

Aber so selbstverständlich die freie Gewissensentscheidung für den einzelnen Abgeordneten ist, so ist es doch nicht nur legitim, sondern auch notwendig, daß jeder einzelne darüber hinaus die Frage des Selbstverständnisses seiner Partei bedenkt: das eine ist kein Gegensatz zum anderen. Ich finde es unerträglich, wenn gerade in dieser so schwierigen Frage Profilierungen von einzelnen zu Lasten des Ganzen zu beobachten sind.

Ich will hier noch einmal wiederholen, was ich oft genug gesagt habe: daß ich aus vielen Gründen leidenschaftlich dafür eintrete, daß der Mehrheitsentwurf der CDU/CSU-Fraktion von uns möglichst gemeinsam getragen wird.

Ich weiß, daß sich in unserer Fraktion nicht wenige aus zum Teil unterschiedli-

chen Gründen in diesem Mehrheitsentwurf zunächst nicht wiederfanden, aber nach einer intensiven und wirklich sachgerechten Diskussion zu dem Ergebnis gekommen sind: Dies ist der richtige Weg. Ich plädiere nachdrücklich für Respekt vor Gewissensentscheidungen von Minderheiten, aber es gibt genauso gut den Respekt vor Mehrheitsentscheidungen — auch das gehört zum Verständnis von Demokratie. Bitte, helfen Sie alle mit — in den Kreisverbänden, in den Bezirks- und Landesverbänden, in den Landesparlamenten und nicht zuletzt in unserer Bundestagsfraktion —, daß diese für uns besonders schwierige Debatte, in der wir von draußen manchen Zuspruch, aber nicht immer Hilfe erfahren, mit der dem Thema angemessenen Würde geführt wird; denn nur so können wir unsere Haltung überzeugend darstellen.

Das heißt für mich auch, daß Loyalität zur Partei und unsere gemeinsame Verantwortung unteilbar sind, egal welche Funktion in der Partei der eine oder andere von uns ausübt.

Liebe Freunde, ich sagte zu Beginn, wir leben in einer schwierigen Zeit, aber ich füge hinzu, es ist eine Zeit, die weit mehr Chancen beinhaltet, als uns in langen Jahrzehnten zuvor geboten worden sind. Es ist aber auch eine Zeit mit schwierigen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam mit kämpferischem Einsatz und Überzeugung bestehen können; denn das Bild der Partei wird eben nicht nur von Bonn aus geprägt, sondern genauso in den Orts- und Kreisverbänden, in den Kommunalparlamenten.

Ich halte es beispielsweise für keine positive Erfahrung, daß man sich heute in manchen Kreisverbänden ausschließlich mit kommunalen Problemen beschäftigt und darüber wichtige Grundsatzfragen

vernachlässigt, die die Menschen viel unmittelbarer berühren. Die Partei muß sich als Ganzes sehen: in der Gemeinde, im Land und im Bund.

Viele im Lande setzen auf uns, viele kritisieren uns auch, weil sie sich angesichts der Fülle der Herausforderungen und der zu treffenden Entscheidungen schwertun, sofort den richtigen Weg zu erkennen.

Ich bin ganz fest davon überzeugt, daß wir gute Chancen für die Bundestagswahl 1994 haben, und wenn Sie sich in Bonn umhören, werden Sie feststellen, daß — bis ins linke Lager hinein — diese Meinung von vielen geteilt wird. Wir haben wirklich Grund zur Zuversicht, wenn wir unsere Kraft nutzen und in der vor uns liegenden Zeit entsprechend einsetzen.

Ich selbst will im Rahmen meiner Möglichkeiten alles tun, damit wir gemeinsam die Union zum Wahlsieg führen und in diesem Jahrzehnt die bestimmende politische Kraft in Deutschland bleiben: zum Wohle unseres ganzen deutschen Vaterlandes und zum Nutzen der Entwicklung in Europa.

Liebe Freunde, es ist eine schwierige Zeit, aber für mich ist es vor allem eine großartige Zeit, weil wir nach der staatlichen die innere Einheit Deutschlands nun vollenden können und weil wir gleichzeitig die einzigartige Chance haben, diesen alten Kontinent Europa gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern neu zu gestalten — in der begründeten Zuversicht, daß Krieg und Gewalt für immer von unserem Land gebannt sein werden, wenn wir das Richtige tun; daß der Beitrag der Deutschen zu Frieden, Freiheit und Menschlichkeit seinen angemessenen Platz im Buch der Geschichte finden kann. Ich lade uns alle herzlich ein, dabei mitzuhelfen. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

Die CDU steht vor ihrer größten Herausforderung seit den 50er Jahren

„Orientierung für Deutschland“ — dazu gehört, daß wir uns Rechenschaft über die Lage der Union geben. Wie ist die Situation unserer CDU zwei Jahre nach der Wiedergewinnung der Deutschen Einheit?

Ein Widerspruch macht mir zu schaffen: Wir haben sehr viel erreicht, aber wir erreichen nicht mehr sehr viele. Ich kann mich an keine Zeit erinnern, in der die Diskrepanz zwischen dem insgesamt Erreichten und dem Urteil der Bürger so groß gewesen wäre wie heute. Wir hören das in unseren Versammlungen. Wir spüren das bei unseren Wahlkämpfen. Wir sehen es in den Momentaufnahmen der Demoskopie. Wir lesen es in den Kommentaren der Presse.

„Wieviel Politikverachtung verträgt ein Staat?“ — so fragte die FAZ in der vergangenen Woche im Blick auf jüngste Meinungsumfragen. Ich frage: Wieviel Politikverachtung vertragen wir? Die Bürger haben ein Recht darauf, daß wir selbstkritisch unsere Arbeit und die Bedingungen für unsere Arbeit auf den Prüfstand stellen. Wir werden das tun. Aber wir werden es nicht zulassen, daß unsere Arbeit pauschal in den Dreck gezogen wird.

Gleichwohl ist es nicht mehr zu übersehen: Bürger und Politiker sind einander fremd — nicht nur bei uns. Eine dänische Abgeordnete sagte mir: Die Entfremdung zwischen den Menschen und der Politik sei der entscheidende Grund für das anti-europäische Votum ihrer Landsleute gewesen. Wir haben es offensichtlich mit einem Phänomen zu tun, das alle westli-

chen Industriestaaten erfaßt hat. Die Welt ist anders geworden: für viele Menschen freier, für viele aber auch unübersichtlicher.

Die alten Sicherheiten, mehr als teuer durch den Ost-West-Gegensatz bezahlt, sind unwiederbringlich dahin. Aber die Konturen einer neuen Ordnung sind noch zu unscharf, um schon neue Gewißheiten, ein neues Heimatgefühl zu begründen.

Umbruchzeiten sind Hochzeiten für radikale Vereinfacher. Sie machen sich die neue Unübersichtlichkeit zunutze, indem sie für komplexe Sachverhalte simple Antworten anbieten. Es wäre nichts gewonnen, aber viel verloren, wenn wir der Versuchung erliegen würden, diese Leute an Populismus überbieten zu wollen.

Für die CDU ist eine Zusammenarbeit mit Rechts- oder Linksradikalen ausgeschlossen. Das sind wir unserem Selbstverständnis, dem „C“ in unserem Parteinamen, schuldig.

Ernst nehmen müssen wir hingegen das Signal der Wähler. Sie erwarten, daß ihre Sorgen sichtbar aufgenommen werden. Sie zweifeln an den politisch Verantwortlichen, wenn sie den Rechtsstaat so erleben: Der Falschparker in der Frankfurter Innenstadt wird zur Kasse gebeten, während der Dealer an der nächsten Straßenecke sein Geschäft betreibt. Und ich sage ausdrücklich: Hierfür ist nicht unsere Polizei verantwortlich, die mit uns auf



PETER HINTZE HAT GRUND ZUR FREUDE: Mit 113 Jastimmen von insgesamt 130 abgegebenen Stimmen wählte ihn die große Mehrheit der Delegierten des „Kleinen Parteitags“ am 15. Juni im Konrad-Adenauer-Haus zum Generalsekretär; am 27. April war er vom Parteipräsidium kommissarisch berufen worden.

bessere gesetzliche Grundlagen für ihre Arbeit drängt.

Es verärgert die Menschen auch, wenn sie erleben müssen, daß ein Schutzrecht für politisch Verfolgte zum Nutzrecht für alle wird, die unabhängig von Bedrohung und Verfolgung zu uns kommen wollen.

Die CDU steht uneingeschränkt zur Schutzpflicht für verfolgte Menschen. Fairneß für Fremde ist und bleibt unser Grundsatz. Aber niemand hat Verständnis dafür, daß international operierende Schlepperorganisationen ihr Geschäft mit Hilfe des Artikel 16 machen.

Hier wird ja nicht etwa den Ärmsten der Armen geholfen. Es geht ja vielmehr sehr

oft um Menschen, die für viele tausend Mark unter falschen Versprechungen nach Deutschland geschafft werden. Das haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes nicht gewollt.

Die Bürger erwarten deshalb zu Recht, daß die Politiker das ändern. Und wir müssen ihnen klar und deutlich sagen, wer die Verantwortung für die Handlungsblockade in dieser wichtigen Frage trägt.

Ich fordere daher die SPD-Führung auf: Leisten Sie einen Beitrag gegen die Gefahr der Fremdenfeindlichkeit. Folgen Sie uns bei der notwendigen Änderung des Grundgesetzes. Geben Sie endlich

Ihre Politik gegen den Willen der Bürger auf. Und wenn Sie nicht auf uns hören wollen, hören Sie wenigstens auf Ihre eigenen Kommunalpolitiker.

Wir stehen vor dem Grundproblem, daß die Politik und die Alltagserfahrung der Menschen auseinanderdriften. Verschärft stellt sich diese Situation in den neuen Bundesländern. Woran liegt es, daß die Unterdrücker von gestern — etwa in Berlin — wieder mit Erfolg Stimmen sammeln? Woher beziehen die Rechtsradikalen ihre bedrückend hohe Zustimmung? Was sind die Gründe für die wachsende Wahlenthaltung?

Wir sollten nicht darauf vertrauen, es hier mit einer Zeiterscheinung zu tun zu haben, die sich von selbst erledigt. Es geht um ein grundlegendes Problem, das wir nur mit einer grundlegenden Reform unserer politischen Kommunikation bewältigen können.

Wenn es stimmt, daß zwischen der Politik und den Bürgern der Faden gerissen ist, dann brauchen wir eine neue Offensive des Verstehens. Das ist keine PR-Frage, sondern eine Frage unserer politischen Arbeit insgesamt.

Offensive des Verstehens

Diejenigen von uns, die mit jungen Leuten zu tun haben, wissen sehr genau, daß wir nicht nur auf das Vertraute setzen dürfen. Wir müssen die Art und Weise, wie wir Politik machen und vertreten, auf die veränderte Situation einstellen.

Hier geht es nicht zuletzt um unsere emotionale Kompetenz, um Sympathie und Nähe zu den Menschen. Diese Offensive des Verstehens muß eine Bewegung zurück zu den Menschen sein.

Wir haben ja etwas mitzubringen: politische Lösungskonzepte für schwierige

Probleme; unseren Bundeskanzler, Helmut Kohl, der wie kein anderer Deutschland in schwierigen Zeiten nach vorne bringt; und eine politische Idee, die nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat. Das „C“, oft angefeindet, in Frage gestellt, herabgesetzt, zur Streichung empfohlen, bleibt Grundlage unserer Politik. Alles, was es über Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu sagen gibt, ist eine Entfaltung des „C“ in unserem Namen. Wir werden es nie aufgeben, weil wir uns sonst selbst aufgeben würden.

Wenn wir heute nach unserem Profil, unserer Identität fragen, lautet die Antwort: Es ist die menschenfreundliche, die zum Handeln provozierende Kraft des „C“, die unser Selbstverständnis bestimmt.

Für die vor uns liegende Arbeit möchte ich aus meiner Sicht sieben Schwerpunkte skizzieren:

1 Wir werden den Aufbau unserer neuen Landesverbände weiter voranbringen. Wir müssen unsere Politik für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, für Investitionen, für Wohnungsbau und Infrastruktur konsequent fortsetzen. Wir bauen dabei auf die große Leistungskraft der Menschen im Osten Deutschlands. Wir müssen aber auch deutlich sagen, daß die Wegstrecke länger und beschwerlicher ist, als anfangs eingeschätzt. Tausende von Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern leisten dort als Mandatsträger der CDU unter schwierigen Bedingungen Aufbauarbeit für die Zukunft der neuen Länder. Stellvertretend für sie alle nenne ich Angela Merkel, Günther Krause, Kurt Biedenkopf, Eberhard Diepgen, Werner Münch, Berndt Seite und Bernhard Vogel. Wir dürfen auf diesem Bundesausmarsch auch einmal unseren Stolz auf diese Politiker zum Ausdruck bringen.

2 Die Zukunft gehört den interessanten Parteien. Interessant ist nur, wer bereit und fähig zum Dialog ist. Zuhören zu können ist dabei mindestens ebenso wichtig, wie überzeugend zu sprechen. Die Beratung und Diskussion unseres Grundsatzprogramms bietet die Chance, in einen breit angelegten Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen einzutreten. Diese Chance werden wir nutzen. Das Jahr 1993 werden wir zum Diskussionsjahr unserer Partei machen.

3 Die CDU muß Partei aller Generationen bleiben. Wir brauchen die Erfahrung der Älteren ebenso, wie das kritische Engagement der Jüngeren. Wir alle wissen um die Probleme, die alle Parteien bei jungen Menschen haben. Ich möchte Völker Ruhe danken. Er hat sich dafür eingesetzt, daß verstärkte junge Mitglieder der CDU politische Verantwortung übernehmen können. Lieber Hermann Gröhe, der Jungen Union sage ich: An diesem Kurs halten wir fest. Lieber Bernhard Worms, ich bin sicher, die Senioren-Union wird dies unterstützen.

4 Die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern muß auf unserer Tagesordnung bleiben. Eine Partei, in der der Sachverstand von Frauen unterrepräsentiert ist, gerät in Gefahr, ihre Lösungskompetenz zu verlieren. Wir setzen auf die Lösungskompetenz unserer Politikerinnen in Ost und West, und wir werden engagiert dafür arbeiten, daß Frauen aus allen Generationen zur CDU finden.

5 Wir müssen unsere Großstadtkompetenz stärken. In den großen Städten werden wir mit neuen sozialen Entwicklungen zuallererst konfrontiert. Gefordert sind ausreichender und bezahlbarer Wohnraum, die Lösung der Verkehrsprobleme, der Schutz vor der sich ausbreitenden Kriminalität.

6 Wir werden einen öffentlichen Diskurs über Europa führen. Wir müssen viel mehr als bisher deutlich machen, daß es zu Europa gerade für uns Deutsche keine Alternative gibt. Ob Ökonomie oder Ökologie, ob innere oder äußere Sicherheit, ob Geldwertstabilität oder internationale Solidarität — wir werden die Zukunft nur dann erfolgreich bewältigen, wenn wir gemeinsame europäische Lösungen finden. Dabei werden wir nie die gute Freundschaft zu den Vereinigten Staaten vernachlässigen. Es ist schon bedrückend, wie vergeblich sich hier die SPD zeigt. Im jüngsten — unter Vorsitz von Johannes Rau erarbeiteten — außenpolitischen Thesenpapier der SPD mit dem Titel „10 Punkte zur Neuorientierung deutscher Außenpolitik“ kommen die Vereinigten Staaten von Amerika mit keinem Wort mehr vor. Dagegen sage ich: Für die CDU gibt es im Verhältnis zu Europa und den USA kein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-Als-auch.

7 Ich will für die Zukunftsgestaltungsmehrheit der CDU im großen Wahljahr 1994 arbeiten. Uns allen wird harte Arbeit ins Haus stehen. Aber die Menschen in Deutschland werden es honorieren, wenn wir sie erfolgreich bewältigen. Die CDU Deutschlands steht vor ihrer größten Herausforderung seit den 50er Jahren. Und vielleicht wird der Politik heute angesichts einer Gesellschaft, die jeder Anstrengung entwöhnt ist, noch mehr abverlangt als damals. Wir müssen der Gefahr entgehen, über den Problemen des Augenblicks das Ziel aus dem Blick zu verlieren.

Wir stehen für eine großartige Idee. Als katholische und evangelische Christen engagieren wir uns gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden, und die Bewahrung der Schöpfung. Dafür will ich mit ganzer Kraft arbeiten: mit Helmut Kohl für unsere CDU. ■

Am Beginn einer neuen Entwicklung

Die Ergebnisse der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro sind für das weitere Schicksal unseres Planeten und damit der Menschheit von überragender Bedeutung. Entgegen allen ursprünglichen Unkenrufen hat die Konferenz insgesamt zu erfreulichen Ergebnissen geführt:

● Die Konvention zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt sind bisher von mehr als 140 Ländern bereits während der Konferenz unterzeichnet worden. Beide Konventionen können in Kraft treten, wenn sie von 50 Ländern bzw. 30 Ländern ratifiziert werden.

● Angenommen wurden darüber hinaus folgende Dokumente:

1. Deklaration von Rio de Janeiro. Sie regelt in 27 Grundsätzen den Umgang mit unserem Planeten.
 2. Agenda 21 mit umfassender Umwelt- und Entwicklungsstrategie sowie
 3. eine Erklärung über die Erhaltung der Pflanzen und Wälder.
- Am Beginn einer jeden neuen Entwicklung steht eine Veränderung des

Bewußtseins. Hierfür hat die Konferenz mit ihren Ergebnissen einen eindrucksvollen Beweis geliefert. Für die Zukunft unseres Planeten wurde viel gewonnen. Entscheidende Weichen für das Überleben der Menschheit sind gestellt worden. Dies bedeutet allerdings nicht, daß sich die Teilnehmerstaaten nunmehr ruhig zurücklehnen können. Vielmehr gilt es jetzt, die umfangreichen Texte von Rio mit Leben zu erfüllen. Die Unterzeichnerstaaten sind gefordert, zügig entsprechende Vorkehrungen zur nationalen Umsetzung der übernommenen Verpflichtungen zu schaffen.

Es muß weitergehen

Ulrich Klinkert, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: In einer ersten Folgekonferenz, die Bundeskanzler Helmut Kohl bereits in seiner Regierungserklärung vom 28. Mai 1992 angeregt hat, muß über weitergehende CO₂-Reduzierungsverpflichtungen sowie über konkrete Maßnahmen für die Umsetzung der Klimakonvention in den jeweiligen Ländern mit entsprechender Erfolgskontrolle verhandelt werden.

Umweltkonferenz in Rio markiert eine Wende

„Die Ergebnisse der Konferenz von Rio sind aus entwicklungs- wie umweltpolitischer Sicht als Cäsur zu werten: Nichts kann nach Rio so sein wie vorher. Rio markiert — und darin liegt der Erfolg der Konferenz begründet — eine grundlegende konzeptionelle Wende in den Nord-Süd-Beziehungen.“

Hans-Peter Repnik, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Wolfgang Schäuble:

Unser vorrangiges Ziel ist die politische Einigung Europas

Auch ich möchte gerne meinen Bericht mit einem Wort des Dankes an die Bundesregierung, an den Bundeskanzler, an Klaus Töpfer, an Hans-Peter Repnik beginnen für den ganz ungewöhnlichen persönlichen und erfolgreichen Einsatz bei der Konferenz in Rio. Vielen Unkenrufen und Besorgnissen zum Trotz ist dieser Umweltgipfel nicht gescheitert. Natürlich sind die Probleme dieser einen Welt damit nicht gelöst, aber die gemeinsame Verpflichtung, sich verstärkt an die Lösung dieser Probleme zu machen, ist nach Rio eine andere geworden. Dazu hat die Bundesrepublik Deutschland, dazu hat die Bundesregierung, dazu hat die Union einen entscheidenden Beitrag geleistet, und ich denke, daß wir hierfür wirklich Dank schulden.

Der Parteivorsitzende hat von der vorrangigen Notwendigkeit gesprochen, die politische Einigung Europas in diesen Jahren entscheidend voranzubringen. Dies ist einer der Punkte, die die Arbeit der Fraktion in diesen Wochen und Monaten prägen. Wir sind dabei, die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages vorzubereiten und sicherzustellen, daß dies termingerecht noch in diesem Jahr der Fall sein wird. Jedermann weiß, daß dazu Ergänzungen des Grundgesetzes notwendig sind. Die vorbereitenden Gespräche lassen uns hoffen, daß die notwendigen Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat nicht nur für die Ergänzungen von Art. 28 und Art. 88 GG, für das Kommunalwahlrecht von EG-Ange-

hörigen und für eine Europäische Zentralbank geschaffen werden, sondern daß wir auch über die Formulierung eines neu zu schaffenden Art. 23 eine Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland auf die politische Einigung Europas in das Grundgesetz aufnehmen können.

In diesem Zusammenhang wollen wir zugleich die Verankerung des Föderalismus, der Gliederung in Bund und Länder und die Wahrung eigenstaatlicher, eigenständiger Gestaltungsspielräume für

Bericht des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble über die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 15. Juni 1992 in Bonn

die Bundesländer sichern. Die Gespräche darüber kommen gut voran. Wir sind einig, daß mit dem Staatsziel der Verpflichtung auf die politische Union Europas zugleich auch geregelt werden soll, daß in Zukunft die Übertragung weiterer Hoheitsrechte auf die politische Union Europas durch Bundesgesetze grundsätzlich der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Die Zuständigkeiten der Bundesländer dürfen nicht durch immer mehr Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union, auf die Europäische Gemeinschaft



WOLFGANG SCHÄUBLE: Täuschen wir uns nicht — , die Frage der inneren Sicherheit wird zunehmend für die Menschen eine Frage der Glaubwürdigkeit, der Legitimität des demokratischen Freiheitsstaates, des demokratischen Rechtsstaates.

ausgehöhlt werden, nachdem schon der Bundesgesetzgeber in den zurückliegenden 40 Jahren seine konkurrierende Gesetzgebung so intensiv wahrgenommen hat, daß der Spielraum zur eigenständigen Regelung von Angelegenheiten der Länder eng geworden ist.

Deswegen müssen die Mitwirkungsrechte, die Mitentscheidungsrechte der Bundesländer auch bei der Wahrnehmung von Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft hinreichend gesichert werden. Aber auf der anderen Seite ist auch klar, daß die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zur politischen Union Europas ein Bundesstaat bleiben und nicht ein Staatenbund werden wird.

Wir haben uns in den Arbeiten der Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat in diesen schwierigen Fragen

weit aneinander angenähert, so daß ich denke, daß wir die Voraussetzungen für die notwendigen verfassungsändernden Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat erreichen werden und daß wir auch die Ratifizierung von Maastricht zwischen der Sommerpause und dem Jahresende fristgerecht und ohne schwerwiegende Auseinandersetzungen leisten werden.

Für uns als Union ist es wichtig, daß wir die Fähigkeit, die politische Einheit Europas jetzt zu vollenden, verbinden mit der Wahrung unserer grundsätzlichen Verpflichtung zum Föderalismus. Europa wird den Menschen Halt, Orientierung, Sicherheit gerade dann geben, wenn mit der größeren Einheit einer politischen Union zugleich eine Stärkung der regionalen Ebene verbunden wird. Beides gehört zusammen, damit die Menschen nicht in einem größeren Europa Halt, Verankerung, Heimat verlieren, was in einer Zeit so großer Veränderungen, so

vieler Unsicherheiten nicht geschehen darf.

Wir werden die schwierigen politischen Auseinandersetzungen um die europäische Einigung, liebe Freunde, nach meiner Überzeugung erfolgreich nur bestehen — und die Erfahrung mit der Abstimmung in Dänemark bestärkt mich darin —, wenn es uns gelingt, diese Debatte nicht nur auf dem Feld der Wirtschafts- und Währungsunion zu führen. Sondern wenn wir den Menschen wieder klarmachen, daß die vorrangigen Gesichtspunkte der Bewahrung von Frieden und Freiheit und der Wahrnehmung unserer Verantwortung gegenüber unserer **einen** Welt die Bündelung unserer

Gemeinsame Position

Kräfte in Europa erfordern. Wenn wir so von den prioritären Verantwortlichkeiten her die Debatte führen, ist mir nicht bange, daß wir sie auch gegen manche Verunsicherung in diesen Tagen und Wochen offensiv und erfolgreich führen können.

Wir müssen innerhalb von Fraktion und Koalition, auch innerhalb der Bundesregierung zu einer gemeinsamen Position finden in der Frage des europäischen Jagdflugzeugs, wo es um den Übergang von der Entwicklungsphase zur Produktionsphase geht. Wir haben verabredet, daß wir die notwendigen Absprachen, Einigungen, Entscheidungen in Fraktion, Koalition und Regierung bis Ende Juni gemeinsam treffen. Jedermann weiß, daß wir auch in dieser Frage verschiedene Gesichtspunkte — die der Haushaltspolitik, die der Bündnisfähigkeit, die der notwendigen prioritären Verantwortlichkeiten für die äußere Sicherheit — zu einer gemeinsamen Entscheidung führen müssen. Es wird keine einfache Entscheidung sein, aber ich denke, daß wir sie einvernehmlich und gemeinsam treffen und

gemeinsam dann auch tragen und durchsetzen werden.

Wenn wir unsere Aufgaben im vereinten Europa in einer Zeit so großer und großartiger Veränderungen wahrnehmen wollen, dann heißt dies natürlich, daß wir die wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik Deutschland insgesamt erhalten und die dynamischen Kräfte unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht schwächen dürfen.

Dies heißt, daß wir nach Vollendung der Einheit unseres Vaterlandes und in einer Zeit, in der sich neue soziale Fragen drängend stellen, uns in einer Gesellschaft, in der die Bereitschaft zu Veränderungen nicht eben gewachsen ist in 40 Jahren Wohlstand, die Fähigkeit bewahren oder neu erwerben müssen, neue Prioritäten zu setzen. Dies bedeutet, daß wir uns auch die Fähigkeit bewahren müssen zum Umbau in einem System sozialer Sicherheit, das sich ja insgesamt, jedenfalls im internationalen Vergleich, durchaus sehen lassen kann.

Es ist übrigens nicht so, liebe Freunde, daß wir diese Fähigkeit zum Umbau in zurückliegenden Jahren nicht unter Beweis gestellt hätten. In manchen aktuellen Diskussionen, auch in manchen

Großartige Leistung

Vereinigungen scheint mir dies gelegentlich zu kurz zu kommen. Viele haben erst jetzt begriffen, welche großartige Leistung es war, daß Norbert Blüm in der letzten Legislaturperiode einen Konsens der politischen und sozialen Kräfte in unserem Land zur Rentenreform zustande gebracht hat. Wir haben durch unsere Rentenreform unseren Generationenvertrag rechtzeitig zugerüstet auf die demographische Entwicklung mit einem

größeren Anteil älterer und einem geringeren werdenden Anteil jüngerer Mitbürger.

Hätten wir durch die Rentenreform das Prinzip der nettolohnbezogenen Rentenanpassung nicht durchgesetzt, wären wir heute unfähig, mit dieser Entwicklung fertig zu werden. Dank dieser Rentenreform bleibt die Rente auch in Zukunft sicher.

Ich will in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß wir auch in der letzten Legislaturperiode einen ersten wichtigen Schritt zur Begrenzung des Kostenanstiegs in der gesetzlichen Krankenversicherung durchgesetzt haben. Daß dies nicht alles war, sondern eine Etappe, haben wir schon damals gesagt. Daß das einige Jahre lang eine Explosion der Krankenversicherungsbeiträge vermieden hat, sollten wir heute noch einmal dankbar anerkennen. Jetzt sind wir dabei, die zweite Etappe in der Gesundheitsreform durchzusetzen.

Ich finde, es war eine großartige Leistung von Horst Seehofer und den Kollegen aus beiden Koalitionsfraktionen, ein Konzept für den zweiten Schritt der Gesundheitsreform vorzuschlagen, mit dem wir durch Elemente stärkerer Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung der Versicherten, aber auch durch erhebliche Elemente der Beteiligung aller Leistungsanbieter, insbesondere im Krankenhausbereich, aber auch bei Ärzten, Zahnärzten, bei der Pharmaindustrie, zu Einsparvorschlägen in einer Größenordnung von rund 11 Milliarden Mark kommen.

Bei Verwirklichung dieses Pakets sollen kurzfristig wirksam Einsparungen von drei Milliarden von den Versicherten, acht Milliarden von den Leistungsanbietern erbracht werden. Ein Konzept, das im Grundsätzlichen die einmütige Zustimmung beider Koalitionsfraktionen

gefunden hat und das ein erster Schritt zum Umbau im Gesundheitswesen sein soll und sein muß, weil zugleich auch mittel- und längerfristige Strukturreformen im Gesundheitswesen mit auf den Weg gebracht worden sind.

Nur können wir angesichts der aktuellen Entwicklung nicht auf mittelfristige Zeiträume setzen, wir müssen kurzfristig die notwendigen Einsparungen im Gesundheitswesen durchsetzen, um einen Anstieg der Krankenkassenbeiträge zu vermeiden, der weder wirtschaftlich zu vertreten wäre noch im Hinblick auf die nettolohnbezogene Rentenreform von uns vertreten werden kann.

Um zu angemessenen Rentensteigerungen auch in den nächsten Jahren zu kommen, müssen wir den Anstieg der Kostenbelastungen, sei es bei der Bundesanstalt für Arbeit, sei es bei der Krankenversicherung, vermeiden. Ich denke, daß wir damit auf einem guten Weg sind.

Die Veränderungen im Altersaufbau unserer Gesellschaft haben uns dazu veranlaßt, die Einführung einer Versicherung für das Pflegefallrisiko in Angriff zu nehmen. Für uns ist dabei unstrittig, daß es sich um ein umlagefinanziertes System handeln muß, in das Elemente eines Kapitaldeckungs- oder Kapitalbildungsverfahrens eingebaut werden sollen.

Wenn wir dieses Vorhaben jetzt beschließen wollen, so muß gleichzeitig verhindert werden, daß dadurch die Arbeitskosten in der Bundesrepublik Deutschland weiter ansteigen und die wirtschaftliche Dynamik dadurch belastet wird. Dies ist für uns eine entscheidende Bedingung. Wir haben uns in der Koalition entschlossen, die Pflegeversicherung jetzt auf den Weg zu bringen.

Wir haben dazu verabredet, daß zum Fortgang der Beratungen nicht öffentlich

Stellung genommen wird, und ich werde mich daran halten. Ich bin aber zuversichtlich, daß wir bis Ende Juni eine Einigung über das anzuwendende Modell und seine Finanzierung finden werden.

Ich will einen weiteren Bereich von Themen nennen, die uns beschäftigen, auch dies in aller Kürze. Wir müssen, Peter Hintze hat es gesagt, der Parteivorsitzende hat davon gesprochen, die innere Einheit unseres Vaterlandes vollenden. Liebe Freunde, wen kann es wundern, daß der real existierende Sozialismus, da wo er existiert hat, so katastrophale Folgen hinterlassen hat. Es wird heute so leicht von den „Kosten der Einheit“ geredet — es geht gar nicht um die Kosten der Einheit, es geht um die Kosten des real existierenden Sozialismus in 40 Jahren, der uns wahrlich teuer geworden ist.

Wen kann es wundern, daß wir im vereinten Deutschland angesichts der Notwendigkeit, diese Folgen nun in kurzer Zeit zu überwinden und nun von einem Tag auf den anderen die Einheit zu vollenden, in ungeheure Turbulenzen geworfen sind? Wen kann es wundern, wen kann es überraschen?

Ich denke, um einige der konkreten Themen zu nennen, mit denen wir arbeiten, daß es nicht das Geringste ist, daß wir politisch, moralisch, in den Wertvorstellungen zu einem gemeinsamen Umgang mit unserer Vergangenheit finden wollen. Es ist eine gemeinsame Vergangenheit. Auch die Vergangenheit in den ostdeutschen Bundesländern ist nicht eine Sache der ostdeutschen Bundesländer allein. Teilung war gemeinsames deutsches Schicksal, und so ist die Vergangenheit eine gemeinsame. Wir haben eine Enquete-Kommission im Bundestag zur Aufarbeitung dieser Vergangenheit eingesetzt, und ich möchte einmal Dorothee

Wilms, Rainer Eppelmann und all den Kolleginnen und Kollegen, die diese wichtige und schwierige und verantwortungsvolle Arbeit leisten, herzlich danken.

Liebe Freunde, wie schwer für die Union diese Arbeit ist, mag man ja an der Tatsache erkennen, daß wir in großen Teilen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung mit fairen Maßstäben nicht zu rechnen haben. Das müssen wir als Union wissen. Ich will zu den Themen, die Sie, liebe Freunde, mit den beiden Namen verbinden werden, hier weiter nichts sagen. Aber der eine Satz wird ja wohl noch gesagt werden dürfen:

Wenn Herr Stolpe und Herr Lafontaine Mitglieder unserer Partei wären, würden sie ihre derzeitigen Ämter nicht mehr ausüben. So ganz ist es in Deutschland offenbar noch nicht dasselbe, wenn zwei das gleiche tun. Damit müssen wir als Union rechnen, davon müssen wir ausgehen.

Wie schwer das ist, Einheit zu vollenden, haben wir ja in den bitteren Diskussionen um die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung vor fast einem Jahr erlebt. Es hat sich inzwischen manches an Leiden und an Bitterkeit doch ein Stück weit gelegt. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Arbeit der Föderalismuskommission, die Bundestag und Bundesrat gemeinsam eingesetzt haben und die gemeinsame Vorschläge mit Zweidrittelmehrheiten erarbeitet hat — für die Bundestagsfraktion war der Kollege Hedrich federführend —, hier dankbar erwähnen.

Natürlich sind auch bei den Vorschlägen der Föderalismuskommission nicht alle Wünsche der Bundesländer und der beteiligten Städte erfüllt worden. Wie sollte es auch, wenn Einheit geschaffen

werden muß. Aber ich denke, es ist ein gutes Beispiel, wie wir durch die Fähigkeit zur gegenseitigen Rücksichtnahme und zum wechselseitigen Nachgeben auch zu gemeinsamen Lösungen kommen können.

Es ist übrigens auch ein Beispiel dafür, daß es überhaupt nicht richtig ist, wenn gelegentlich der Eindruck entsteht, als würden die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1992 nicht mehr zu Entscheidungen fähig sein. Wir kommen Schritt um Schritt in vielen Fragen voran. Wir werden in den nächsten

Schritt um Schritt

Wochen und Monaten natürlich um die Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus der neuen Bundesländer weiter miteinander zu ringen haben.

Mir liegt daran, zunächst einmal darauf aufmerksam zu machen, daß eigentlich von keiner Seite eine wesentliche Erhöhung der vom Bundeskanzler genannten Transferleistungen von West nach Ost in der Größenordnung von rund 150 Milliarden Mark jährlich gefordert wird.

Liebe Freunde, worüber gestritten wird, ist die Finanzierung dieser Transferleistungen, die ja auch in der Größenordnung von 150 Milliarden Mark jährlich weder volkswirtschaftlich noch politisch wesentlich zu steigern sind. Den Sozialdemokraten fällt bei neuen Aufgaben immer nur ein, erstens eine Kommission einzusetzen, die ein Programm erarbeiten soll, und zweitens Steuererhöhungen zu fordern. Wir mußten inzwischen in der Größenordnung von 50 Milliarden Mark jährlich Steuern und Abgaben erhöhen, wenn man Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabakversicherungssteuer, Gesellschaftssteuer und Arbeitslosenversicherungsbeitrag zusammenrechnet.

Wir sind damit, und das ist die einmütige Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an einer Grenze angelangt, die nicht beliebig weiter verschoben werden kann, wenn nicht die wirtschaftliche Entwicklung im vereinten Deutschland insgesamt nachhaltig gefährdet werden soll.

Und dies dürfen wir nicht riskieren, wenn nicht die notwendigen Kräfte, um 40 Jahre Sozialismus in den fünf neuen Bundesländern zu überwinden, gefährdet werden sollen.

Deswegen ist der anstrengendere Weg der, über die beschlossenen und in Kraft gesetzten Erhöhungen von Steuern und Abgaben hinaus durch eine Begrenzung der Ausgabenzuwächse beim Bund, aber auch in Ländern und Kommunen, diese Aufgaben finanziell zu meistern. Im Hinblick auf den Bundeshaushalt stehen wir damit vor der Frage, ob wir auch in den Perspektiven der mittelfristigen Finanzplanung in der Lage sind, den Ausgabenanstieg auf durchschnittlich 2,5 Prozent zu begrenzen, was noch schwierige Entscheidungen im einzelnen erfordern wird.

Ehrgeiziges Ziel

Aber dies erscheint insgesamt möglich und realistisch, auch wenn es zweifellos ein ehrgeiziges Ziel ist. Wir müssen allerdings auch noch auf der Ebene der Länder und der Kommunen durchsetzen, daß die Vereinbarung im Finanzplanungsrat, das Ausgabenwachstum auf drei Prozent durchschnittlich zu begrenzen, tatsächlich in den Ländern umgesetzt und durchgesetzt wird. Daran hapert es im Augenblick noch, denn derzeit haben wir zwar beim Bundeshaushalt eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf unter drei Prozent, aber in den westdeutschen Ländern

liegen wir eher bei sieben oder mehr Prozent als darunter.

Und Solidarität im vereinten Deutschland, liebe Freunde, kann sich nicht nur im Verhältnis des Bundes zu den ostdeutschen Ländern bewähren, sie muß sich auch im Verhältnis der Länder untereinander bewähren.

Wenn wir über Integration im vereinten Deutschland reden, dann will ich doch ein Wort zu einer Diskussion sagen, bei der sich manche in den westlichen Bundesländern offenbar noch immer nicht ein zureichendes Maß an Vorstellungen machen, welchen Belastungen unsere Freunde in den neuen Bundesländern tagtäglich ausgesetzt sind.

Ich sage zu den Freunden in der Bundestagsfraktion häufig, keiner von uns aus dem Westen kann sich in seiner Wahlkreisarbeit in Wahrheit so richtig vorstellen, was unsere Freunde und Kollegen aus den ostdeutschen Bundesländern Tag für Tag, Woche für Woche, Wochenende für Wochenende auszuhalten haben, und deswegen haben sie auch in einer besonderen Weise Anspruch auf unsere gemeinsame Solidarität und unser Verständnis.

Ich bin froh, daß der Zusammenhalt unserer Freunde aus den ostdeutschen Bundesländern, die es untereinander und miteinander in der Anfangsphase auch nicht immer einfach hatten in der Bundestagsfraktion, daß sich dieser Zusammenhalt verbessert hat.

Ich bin froh, daß die Freunde in den Landesgruppen sich auch bei gemeinsamen Problemen gemeinsam zusammensetzen, daß der Bundeskanzler und Parteivorsitzende Helmut Kohl alle zwei Monate mit allen Kollegen aus den ostdeutschen Bundesländern über viele Stunden die gemeinsamen Probleme erörtert, daß sich

unsere Freunde in der Fraktion, ich nenne Maria Michalk und Johannes Nitsch, unsere stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, um die Integration, um gemeinsame Lösungen mit großer Leidenschaft und mit großer Intensität bemühen.

Ich werbe dafür, daß auch der Zusammenhalt und die Gemeinsamkeit der Verantwortung in der Union zwischen den Freunden, die im Bund, und den Freunden, die in den Ländern und auf der kommunalen Ebene in den neuen Bundesländern Verantwortung tragen, noch stärker wird.

Ich bin entschieden dafür, daß wir diese Verantwortung auch sichtbar machen und daß wir damit all den Spinnereien mit einer ostdeutschen Partei, die nur dazu beitragen würde, die Teilung in Deutschland, wo wir sie gerade überwunden haben, wieder neu einzuführen, daß wir diesen Spinnereien eine entschiedene Absage erteilen.

Wenn wir über Integration im vereinten Deutschland reden, dann muß natürlich etwas gesagt werden zu der Bestimmung des Einigungsvertrags, die uns auferlegt, im vereinten Deutschland innerhalb von zwei Jahren bessere Vorkehrungen für den Schutz ungeborenen Lebens zu finden, als dies bislang in beiden Teilen Deutschlands der Fall ist.

Denn, liebe Freunde, man muß bei der Diskussion um den Paragraphen 218, um den Schutz ungeborenen Lebens, bei aller Leidenschaftlichkeit und Grundsätzlichkeit sich gelegentlich daran erinnern, daß bei so ganz unterschiedlichen strafrechtlichen Regelungen die Zahl der Abtreibungen pro Kopf der Bevölkerung damals in beiden Teilen Deutschlands ungefähr gleich hoch gewesen ist. Das zweite, woran ich erinnern möchte, ist:

Wenn man ungeborenes Leben schützen will, dann sollte in der Art, wie man die Diskussion miteinander, untereinander führt, der Respekt vor dem ungeborenen wie vor dem geborenen Leben immer sichtbar bleiben.

Wenn wir ernst genommen werden wollen in dem Anliegen, daß uns der Schutz von Leben das höchste aller Güter ist, dann muß dies auch in der Art, wie wir die Diskussion miteinander führen — im gegenseitigen Respekt bei allen unterschiedlichen Positionen —, sichtbar werden. Wir müssen dies auch manchen außerhalb unserer eigenen Reihen gelegentlich sagen, auch manchen in beiden Kirchen. Wir können als Volkspartei, als Christlich Demokratische wie als Christlich Soziale Union diese Diskussion und diese Arbeit nicht leisten, wenn wir uns nicht ehrlich Rechenschaft darüber geben, daß auch Christen, katholische und evangelische Christen, in unserem Lande in der Frage, wie das Strafrecht seinen Beitrag zum Schutz ungeborenen Lebens leisten kann, unterschiedlicher Meinung sind.

Ich halte überhaupt nichts von einer Diskussion, daß ein Christ in dieser Frage nur zu einer und keiner anderen Auffassung kommen kann. Das ist nicht die Wirklichkeit in beiden christlichen Kirchen. Und wer anderes behauptet, wird der Wirklichkeit der Christen in unserem Lande nicht gerecht.

Und Christen sollten sich nach meinem Verständnis von christlichem Glauben nicht durch ein Übermaß an Selbstgerechtigkeit auszeichnen. Und deswegen sollten sie immer auch anderen zubilligen, daß sie aus ihrem christlichen Glauben zu einer Auffassung kommen können, von der man selber dann wiederum glaubt, daß sie ganz falsch ist.

In der Fraktion haben wir viele, viele Stunden über diese schwierigen Fragen mit ebenso großer Offenheit wie Intensität miteinander gerungen. Und wir haben uns in diesen Debatten gemeinsam getragen und ertragen, was für alle Beteiligte nicht immer leicht gewesen ist. Wenn wir dazu weiter imstande bleiben, dann werden wir das Beste, was wir in der Wirklichkeit unseres Landes für den Schutz ungeborenen Lebens leisten können, auch leisten, aber nur dann.

Dies heißt für mich nicht, daß wir nun sagen sollen, also muß in dieser Frage jeder entscheiden, wie er will, und Partei und Fraktion haben in dieser Frage überhaupt keine Aufgabe. Natürlich muß man sich auch in einer Frage, in der es mehr als in anderen Fragen Gewissensfreiheit des Abgeordneten geben muß — obwohl es grundsätzlich in allen Fragen Gewissensfreiheit und keinen Fraktionszwang gibt —, um Mehrheiten bemühen. Denn wenn man etwas gestalten will in der Politik, muß man sich immer, bei aller Gewissensfreiheit jedes einzelnen, um Mehrheiten und damit um Konsens, auch um Kompromisse bemühen. Daß dazu der eine oder andere aus seiner Überzeugung heraus nicht fähig sein kann, muß man respektieren. Aber diejenigen, die dazu nicht fähig sind, müssen bei anderen respektieren, daß sie sich dennoch um Kompromisse mühen wollen, damit für den Schutz ungeborenen Lebens etwas gestaltet werden kann.

Ich werbe noch immer mit aller Leidenschaft und mit aller Eindringlichkeit darum, daß wir uns um eine Mehrheit im Deutschen Bundestag und danach auch im Bundesrat bemühen, die den strafrechtlichen Teil des Schutzes ungeborenen Lebens nicht ausschließlich Fristen überläßt, sondern die klarmacht, daß auch ungeborenes Leben nicht

der freien Verfügung unterliegt, auch wenn ich auf der anderen Seite weiß und dafür bin, daß der Raum für gerichtliche Überprüfung von Entscheidungen, die Mutter und Vater, Eltern und Arzt je für sich und miteinander zu treffen haben, Entscheidungen, die ungewöhnlich schwierig sind, daß der Raum dafür — wenn überhaupt — ungewöhnlich begrenzt bleiben müßte.

Ich sehe noch immer eine Chance, daß wir dafür nicht nur die große Mehrheit der Union, beider Unionsparteien und der Fraktion gewinnen und uns darauf einigen können. Ich sehe noch immer eine Chance dafür, daß wir dafür auch eine Mehrheit im Deutschen Bundestag und im Bundesrat erringen könnten, und ich werbe dafür bis zur letzten Entscheidung, daß jeder sich seiner Verantwortung bewußt bleibt.

Ob es dazu am Ende kommen wird, kann heute niemand sagen, und alle, die sich an der Diskussion beteiligen, mittelbar und unmittelbar, sollten immer daran denken, daß sie die Chance, eine Mehrheit gegen eine Fristenlösung im Bundestag zu bekommen, nicht erschweren sollten. Weil ich sie umgekehrt sonst gerne fragen möchte, ob sie im Sinne der Verantwortungsethik ihrer Verantwortung für den Schutz ungeborenen Lebens wirklich gerecht werden.

Es ist eine Frage, die uns schwer belastet, das wußten wir vorher. Wir sind durch die deutsche Einheit verpflichtet, diese Debatte zu führen und wir sind als Union, jeder von uns ist verpflichtet, sie auszuhalten. Wir sind in der Fraktion dabei gut vorangekommen. Aber liebe Freunde, ich sage noch einmal: Weder die Union noch die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU kann in dieser Frage etwas leisten, wozu es in unserer plurali-

stischen Gesellschaft und auch in der Vielfalt der konkreten Ausformungen der gemeinsamen Glaubensüberzeugungen von Christen beider Konfessionen in unserem Lande einen Konsens nicht in dem Maße gibt, wie ihn manche von der Union einfordern, die ihn in ihren eigenen Reihen aber auch nicht herstellen können.

Mehr, als die Wirklichkeit in den beiden Konfessionen ist, kann auch die Union von Christen, katholischen und evangelischen Christen, im politischen Bereich nicht leisten. Und dazu sollten wir uns dann offen und ehrlich, aber in der Bereitschaft zur gegenseitigen Toleranz auch bekennen.

Ich will einen letzten Punkt von Themen nennen, mit denen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in diesen Monaten und Wochen und Tagen beschäftigt ist. Ich denke, daß in einer Zeit so schneller, großer Veränderungen, in einer Zeit, in der äußere Gefährdungen scheinbar abnehmen, der innere Zusammenhalt einer freiheitlichen und pluralistischen Lebensordnung nicht unbedingt wächst.

Um so wichtiger ist es, sich klarzumachen, daß die innere Stabilität einer Freiheitsordnung nicht selbstverständlich ist,

Innere Stabilität

sondern daß sie immer wieder neu bewahrt werden muß. Peter Hintze hat von der inneren Sicherheit gesprochen und von der wachsenden Enttäuschung einer zunehmenden Zahl unserer Mitbürger, daß ihr Staat, der sie ja genügend Steuern kostet und der sie mit genügend Bürokratie belästigt, immer weniger in der Lage zu sein scheint, die elementaren Sicherheitsbedürfnisse seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Täuschen wir uns nicht: Die Frage der inneren Sicherheit wird zuneh-

mend für die Menschen eine Frage der Glaubwürdigkeit, der Legitimität des demokratischen Freiheitsstaates, des demokratischen Rechtsstaats.

Wir haben vor noch nicht einmal vierzehn Tagen im Deutschen Bundestag einen wichtigen Schritt zustande gebracht, über den jahrelang, nicht nur in der Koalition, leidenschaftlich gerungen wurde. Es ist fast unbemerkt geblieben, daß das Gesetz zur Bekämpfung organisierter Kriminalität vom Deutschen Bundestag mit einer großen Mehrheit verabschiedet worden ist. Ich möchte es hier ausdrücklich erwähnen. Die Probleme der inneren Sicherheit in unserem Lande haben zu einem großen Teil mit organisierter Kriminalität zu tun.

Kraftfahrzeugdiebstähle, Kraftfahrzeugaufbrüche, Wohnungseinbrüche und die ganze Beschaffungskriminalität der Drogenabhängigen sind alles Ausflüsse organisierter Kriminalität. Deswegen ist das

Innere Sicherheit

Gesetz zur Bekämpfung organisierter Kriminalität ein erster wichtiger Schritt. Dieser Schritt wird allerdings nicht ausreichen. Es werden weitere Schritte notwendig werden, z. B. beim Einsatz technischer Mittel, worüber nun inzwischen auch die Sozialdemokraten anfangen nachzudenken. Es werden auch hierzu Ergänzungen unseres Grundgesetzes notwendig sein.

Aber ich will gar keinen Zweifel daran lassen, daß wir am Ende unseren Mitbürgern klar sagen müssen: Wenn wir mehr innere Sicherheit gewährleisten wollen, dann erfordert dies gerade auch im modernen Freiheitsstaat eine größere Akzeptanz der Bürger, was Kontrollen und Eingriffe durch Polizeibehörden angeht. Dann darf man nicht bereits

anfangen zu schimpfen, wenn man nur einmal den Ausweis zeigen muß bei einer Verkehrskontrolle.

Es geht dann übrigens auch um die Art, wie Polizisten in deutschen Gerichtssälen als Zeugen in Strafprozessen behandelt werden. Wo keiner überhaupt nur daran denkt, was dies auf Dauer für die Motivation von Polizisten oder überhaupt für die Chancen, noch junge Menschen als Polizeibeamte zu gewinnen, bedeutet.

Wenn wir nicht klarer sagen, daß auch der moderne Freiheitsstaat eine leistungs- und notfalls auch eingriffsfähige Polizei erfordert, um Recht und Sicherheit für die Bürger zu gewähren, dann würde von dieser Seite her die Gefahr einer inneren Erosion unserer Freiheitsordnung kommen.

Wir werden es unseren Bürgern klarer sagen müssen, daß wir auch in der Gesetzgebung die notwendigen Konsequenzen, vielleicht auch in der Feinabstimmung, etwa zwischen innerer Sicherheit und Datenschutz, in den nächsten Jahren neu zu bedenken und neu zu entscheiden haben.

Dasselbe, liebe Freunde, gilt für den großen Bereich des Miteinanders von deutschen und ausländischen Mitbürgern in dieser offenen Bundesrepublik Deutschland. Wir sind ja nicht ein ausländerfeindliches Land.

Die Deutschen sind in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit ausländerfreundlich, und das Miteinander von Millionen ausländischer Mitbürger mit Deutschen ist seit Jahrzehnten friedlich und freundlich, und es soll und es muß auch in der Zukunft so bleiben.

Aber das heißt auch, daß wir die Menschen nicht überfordern dürfen. Wenn die Menschen das Gefühl zunehmend gewinnen, daß wir in einer Zeit, in der

Grenzen nicht mehr schützen, weil sie nicht mehr trennen und nicht mehr teilen, daß wir nicht mehr fähig seien, die Zuwanderung in irgendeiner Weise zu kontrollieren, dann wachsen aus solcher Verunsicherung Ängste, und es wächst eben nicht die Bereitschaft zu Toleranz und zu friedlichem Miteinander.

Wir haben das Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren, Herr Bundeskanzler, unter Ihrem Vorsitz am 10. Oktober 1991 im Bundeskanzleramt verabredet. Die Beschleunigungsnovelle ist viel

Spielraum ausgeschöpft

gescholten worden, der Deutsche Bundestag hat sie inzwischen verabschiedet. Wir haben jetzt alles, aber auch alles, den letzten Millimeter an Gestaltungsspielraum, der uns bei der gegebenen Verfassungslage bleibt, ausgeschöpft. Vielleicht haben wir sogar ein paar Millimeter schon ausgeschöpft, die nach der gegebenen Verfassungslage nicht unproblematisch sind.

Wenn wir jetzt weitere Schritte zur europäischen Zusammenarbeit in der Asyl-, Zuwanderungs- und Ausländerpolitik mit der Ratifizierung von Schengen und Dublin bis hin zu einer gemeinsamen Ausländerpolitik der Europäischen Gemeinschaft nach der Öffnung der Grenzen ab dem 1. Januar 1993 gehen wollen, dann werden wir keinen Millimeter mehr vorankommen, ohne zuvor — und zwar jetzt — unser Grundgesetz zu ergänzen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat ihren Antrag auf Ergänzung des Grundgesetzes einstimmig in den ersten Monaten dieses Jahres beschlossen und im Bundestag eingebracht. Wir wissen, daß wir ohne die Sozialdemokraten zu Grundgesetzänderungen nicht in der Lage sind. Wir können inzwischen zuversichtlich sagen, daß

wir uns in der Koalition in den grundlegenden Fragen der Asyl- und Zuwanderungspolitik mehr und mehr einig sind. Es ist nicht mehr ein Problem der Koalition, das war es lange auch, wer wollte es verschweigen. Die Sozialdemokraten können sich aber jetzt nicht mehr hinter irgend jemand verstecken. Sie sind und sie werden gefordert.

Ich bin übrigens nicht der Meinung, daß wir den Sozialdemokraten erlauben dürfen, daß Thema über die Sommerpause hinwegzuschieben, wie dies jetzt die Position der SPD ist. Die Sozialdemokraten haben gesagt, sie wollen jetzt mal intern beraten, was man alles machen kann, und dann vielleicht im September Gespräche mit uns aufnehmen.

Liebe Freunde, nachdem wir jetzt im Bundestag gemeinsam verabschiedet haben, was am 10. Oktober letzten Jahres gemeinsam verabredet wurde, müssen jetzt auch die Sozialdemokraten endlich die Bereitschaft erklären, mit uns gemeinsam über die Notwendigkeit einer Grund-

SPD muß sich stellen

gesetzergänzung nicht nur abstrakt, sondern konkret zu reden. Und wir werden sie auch in diesen Wochen noch im Deutschen Bundestag in dieser Frage zu stellen haben.

Jeder Monat, in dem die Verantwortlichen in Bund und Ländern in dieser Frage den Bürgern Handlungsunfähigkeit demonstrieren, schadet der inneren Stabilität unserer Bundesrepublik Deutschland und schadet dem friedlichen Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern.

Und dieser Verantwortung können sich die Sozialdemokraten nicht mehr entziehen. Wir werden sie stellen, wir haben sie in der Vergangenheit gestellt, und wir werden sie weiter stellen. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

Die Botschaft aus Dublin heißt: Europa ist wieder klar auf Kurs

Zum Ergebnis der Volksabstimmung über die Europäische Union in Irland erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Das proeuropäische Votum der Iren begrüße ich ausdrücklich. Mit dem Ergebnis haben die Iren allen Unkenrufen getrotzt. Die Botschaft aus Dublin heißt: Europa ist wieder klar auf Kurs. Die Entscheidung der CDU-geführten Bundesregierung und ihrer Partnerregierungen in der EG, weiter auf den europäischen Unionsvertrag von Maastricht zu setzen, ist klar bestätigt worden.

Auch in Deutschland halte ich eine breite öffentliche Diskussion für notwendig, damit noch stärker sichtbar wird, daß die Beschlüsse von Maastricht ein mehr an Sicherheit für die Menschen bieten.

Aufgaben gemeinsam lösen

Dies gilt sowohl im ökonomischen und ökologischen Bereich sowie für die innere und äußere Sicherheit. Die Aufgaben in Europa und in der Welt werden wir nur gemeinsam lösen, wenn wir Europäer uns auch als Verantwortungsgemeinschaft verstehen.

Der europäische Zug bewegt sich wieder

Nur zwei Wochen nach der dänischen Ablehnung des Maastrichter Vertrages haben Irland und Frankreich ein-drucksvolle Zeichen gesetzt für eine gemeinsame Zukunft im gesamteuropäischen Prozeß.

Peter Kittelmann, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist erfreut über die Zustimmung der irischen Bevölkerung zur Europäischen Union. Der Ausgang des Referendums wird sicherlich die in den vergangenen Wochen ins Stocken geratene europäische Bewegung positiv und richtungsweisend beeinflussen.

Ein großer Schritt auf dem Weg zur Europäischen Union ist auch der Beschluß der französischen Nationalversammlung, Änderungen im Vertragswerk zu billigen und so den Weg frei zu machen für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags.

Allen Unkenrufen zum Trotz

Allen anti-europäischen Unkenrufen zum Trotz hat sich der europäische Zug wieder mit Volldampf in Bewegung gesetzt. Es muß nun gelten, auf dem positiven Ausgang der irischen Volksabstimmung aufzubauen. Vor allem aber muß dem Ziel der Europäischen Union ein transparentes Gesicht verliehen werden, damit vor allem in Deutschland uneingeschränkte Klarheit herrscht, daß der Weg zur Europäischen Union ein Weg der Vernunft und der Zukunft ist. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Klares Ja zum Vertrag von Maastricht

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte zum Referendum über den Vertrag von Maastricht in der Republik Irland am 18. Juni 1992:

- Ich begrüße nachdrücklich, daß die irische Bevölkerung in der Volksabstimmung am 18. Juni 1992 dem Vertrag von Maastricht offensichtlich mit klarer Mehrheit zugestimmt hat.
- Nach dem sehr knappen — negati-

ven — Ausgang der Volksabstimmung in Dänemark war es in der Tat wichtig, daß sich Irland nicht von diesem Votum hat beeinflussen lassen und sich klar zum Vertrag von Maastricht bekannt hat.

- Das Ergebnis der Volksabstimmung in Irland ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege, den Vertrag von Maastricht in Übereinstimmung mit dem vorgesehenen Zeitplan und ohne inhaltliche Abstriche oder Veränderungen zu ratifizieren.

Kommission zügig zur eigentlichen Regierung der EG weiterentwickeln

Anläßlich des EG-Gipfels in Lissabon am 26. und 27. Juni 1992 hat der Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU unter dem Vorsitz von Bernhard Sälzer auf seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Bereits derzeit sind sieben Beitrittsgesuche an die EG gerichtet, weitere sind in absehbarer Zeit zu erwarten. Die Erweiterung der EG wirft institutionelle Fragen auf, die zügig vor dem Abschluß der Beitrittsverhandlungen behandelt werden müssen. Daher ist umgehend eine Kommission der persönlichen Beauftragten der Regierungschefs unter Vorsitz von Kommissionspräsident Jacques Delors einzusetzen zur Erarbeitung von Konzepten für folgende Themen:

- Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Kommission und Rat einerseits sowie Parlament und Rat andererseits

- Größenordnung und Struktur der Kommission

- Mehrheiten im Rat

- Weiterentwicklung der Rechte des Europäischen Parlaments zur endgültigen Beseitigung des Demokratie-Defizites in der EG

- Schrittweise Überführung der Außen-, Sicherheits-, Innen- und Justizpolitik von intergouvernementalen Vereinbarungen zu Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft.

Davon unabhängig ist der Bundesfachausschuß Europapolitik der Ansicht, daß die Kommission schrittweise, aber zügig zur eigentlichen Regierung der Europäischen Gemeinschaft weiterentwickelt werden muß. Dabei darf die Zahl der Kommissare nicht automatisch durch jedes neue Beitrittsland steigen. ■

Umfassendes Sozialpaket zur Paragraph-218-Reform beschlossen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Fraktionssitzung am 16. Juni den gesamten sozial- und familienpolitischen Maßnahmenkatalog aus ihrem Gesetzentwurf zum Schutz des ungeborenen Lebens mit einer Gegenstimme beschlossen.

Sie hält damit auch in Zeiten angespannter Haushaltslagen an ihrem Ziel fest, einen wirksameren Schutz des ungeborenen Lebens in erster Linie durch Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erreichen.

Irmgard Karwatzki, stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen-Union: Dies entspricht dem Auftrag des Einigungsvertrags, eine dem Schutz vorgeburtlichen Lebens besser gewährleistende Regelung vor allem durch rechtlich gesicherte Ansprüche für Frauen, insbesondere auf Beratung und soziale Hilfen, zu treffen.

Im Mittelpunkt der beschlossenen Maßnahmen steht die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt. Die Gemeinden werden darüber hinaus verpflichtet, für ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder aller Altersgruppen zu sorgen, deren Betreuung durch die Familie nicht gewährleistet ist. Dies ist ein ganz wichtiger Schritt bei dem Bemühen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Die Frage einer gesicherten Kinderbetreuung ist insbesondere für Alleinerziehende und viele auf Erwerbstätigkeit angewiesene Frauen in den neuen Bundesländern zentraler und unverzichtbarer Bestandteil des Lebensalltags. Der

Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist bis Ende 1998 zu verwirklichen. Die zeitliche Streckung um zwei Jahre gegenüber der ursprünglichen Zielsetzung stellt sicher, daß sich Länder und Gemeinden rechtzeitig darauf einstellen und die entsprechenden Prioritäten setzen können.

Eine wichtige finanzielle Hilfe für schwangere Frauen und ihre Familien stellt die Einführung eines einkommensabhängigen Familiengeldes von 1.000 Mark dar. Die Leistung kann zur Hälfte vor und zur anderen Hälfte nach der Geburt ausbezahlt werden. Damit steht

Mit diesem Maßnahmenpaket soll schwangeren Frauen auch in schwierigen persönlichen Situationen eine Perspektive für ein Leben mit dem Kind gegeben werden.

den Müttern eine konkrete Hilfe für die unmittelbar mit Schwangerschaft und Geburt anfallenden Ausgaben zur Verfügung. Der Bund wird hierfür 680 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Mit zusätzlichen 40 Millionen Mark wird die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ auf die neuen Bundesländer ausgeweitet. Die Bundesstiftung hilft seit Jahren sehr erfolgreich schwangeren Frauen in Not mit unbürokratischen und einzelfallbezogenen Individualhilfen. Mit Einführung des als Rechtsanspruch ausgestalteten Familiengeldes wird die Stiftung erheblich entlastet, so daß sie noch gezielter auf konkrete Notsituationen eingehen

kann, in denen pauschalierte gesetzliche Maßnahmen nicht greifen.

Außerdem wird die Bundesstiftung über finanzielle Leistungen hinaus künftig auch lebenspraktische Hilfe wie Unterstützung bei der Wohnungssuche, bei der Geltendmachung von Unterhalts- und Rechtsansprüchen oder bei der Überwindung arbeitsmarktbedingter Schwierigkeiten anbieten können.

Familiengeld und Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ sind Maßnahmen, die nur mit der CDU/CSU verwirklicht werden können und nicht in den Gesetzentwürfen der anderen Parteien und Gruppierungen — auch nicht in vergleichbarer Form — enthalten sind. Diese den Bund finanziell belastenden Maßnahmen sind Bestandteil eines umfangreichen Sozialpakets zur Verbesserung der Situation von Schwangeren und Familien mit Kindern.

Es umfaßt unter anderem die Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen in pluraler Trägerschaft, Verbesserungen für Schwangere in Konflikt- und Notlagen und für Alleinerziehende bei der Sozialhilfe, Verdoppelung von Kinderbetreuungskosten bei Umschulungsmaßnahmen nach dem Arbeitsför-

derungsgesetz und die Einräumung eines besonderen Vorrangs für schwangere Frauen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

Alle diese Maßnahmen sind in Ergänzung zu den bereits auf den Weg gebrachten Maßnahmen wie insbesondere der Verlängerung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub und den Leistungsverbesserungen beim Unterhaltsvorschuß sowie vor dem Hintergrund der erfolgreichen Familienpolitik dieser Bundesregierung mit ihrem kontinuierlichen Ausbau des Familienlastenausgleichs zu sehen. In den letzten beiden Jahren hat der Bund Leistungen in Höhe von rund zehn Milliarden Mark für Familien mit Kindern beschlossen.

Das Maßnahmenpaket der CDU/CSU stellt in dieser Form einen wirkungsvollen und glaubwürdigen Beitrag dar, schwangeren Frauen auch in schwierigen persönlichen Situationen eine Perspektive für ein Leben mit dem Kind zu geben. Dies ist eine ganz entscheidende Voraussetzung für einen wirksamen Schutz des ungeborenen Lebens, bei dem das Strafrecht als ergänzender, wenn auch unerläßlicher Bestandteil in den Hintergrund tritt. ■

Zur Arbeit im Bildungszentrum Schloß Eichholz

Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte:

- Fachtagungen
- Eichholzer Foren
- Kultur und Politik
- Projekte und Programme
- Systematische politische Bildung
- Trainings zur politischen Kommunikation
- Tagungen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger

Workshops für junge Zeitungsmacher
Tagungen für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe
Das Halbjahresprogramm 2/92 wird auf Anforderung zugeschickt.

Anfragen nimmt entgegen:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling

Asyl: SPD muß jetzt über eine Grundgesetzänderung verhandeln

Für die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP erklärten die Vorsitzenden Wolfgang Schäuble und Hermann Otto Solms sowie der CSU-Landesgruppenvorsitzende Wolfgang Bötsch:

Der Zustrom von Asylbewerbern in die Bundesrepublik Deutschland hat in den ersten 5 Monaten dieses Jahres deutlich zugenommen. Sollte der Trend anhalten, muß 1992 mit einem erneuten Höchststand von mehr als 360.000 Asylbewerbern gerechnet werden.

Mit der Verabschiedung des Asylverfahren-Beschleunigungsgesetzes sind die Möglichkeiten, das Verfahren durch administrative Maßnahmen zu steuern, weitgehend erschöpft.

Das Individualrecht der politisch Verfolgten auf Schutz und Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland muß gewahrt bleiben.

Von der Zuwanderung aus den Staaten Ost- und Südost-Europas sowie aus den Ländern der Dritten Welt ist die Bundes-

republik Deutschland sowohl durch ihre geographische wie durch Verfassungslage in besonderer Weise betroffen. Es bedarf einer europäischen Lösung durch

- bereits vereinbarte Zuständigkeits- und Verfahrensregelungen zur Prüfung von Asylbegehren nach dem Schengener Zusatz-Übereinkommen,
- eine Vereinheitlichung des materiellen Asylrechts im europäischen Rahmen,
- den Abschluß von Abkommen mit den nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Nachbarstaaten.

Ohne eine Änderung des Grundgesetzes sind Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Lösung politisch nicht durchsetzbar. Das wissen auch die Sozialdemokraten.

Wir fordern deswegen die Sozialdemokraten auf, jetzt einzutreten in Verhandlungen über weitere Schritte zur Steuerung der gesamten Zuwanderung und eine Änderung des Grundgesetzes, die den Weg freimacht für eine europäische Lösung.

Aus der Arbeit im Bildungszentrum Schloß Eichholz

● Politisches Seminar (Grundstufe):

- 5. 7. bis 8. 7. 1992 (VA-Nr. 202)
- 27. 9. bis 30. 9. 1992 (VA-Nr. 248)
- 25. 10. bis 28. 10. 1992 (VA-Nr. 271)

● Wirtschaftspolitisches Seminar (Einführungsseminar):

- 17. 8. bis 22. 8. 1992 (VA-Nr. 212)
- 20. 9. bis 25. 9. 1992 (VA-Nr. 240)
- 1. 11. bis 5. 11. 1992 (VA-Nr. 276)

● Kommunalpolitisches Seminar (Grundstudien):

- 12. 7. bis 17. 7. 1992 (VA-Nr. 209)
- 6. 9. bis 1. 9. 1992 (VA-Nr. 228)
- 4. 10. bis 9. 10. 1992 (VA-Nr. 254)
- 6. 12. bis 11. 12. 1992 (VA-Nr. 313)

Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling**

EUROPA
VON
A BIS Z

CDU

Die deutsche Europa-Partei

Broschüre: Europa von A-Z

Bestell-Nr.: **5514**
 Verpackungseinheit: 50 Exemplare
 Preis je Einheit: 24,— DM

Fensterschwamm



Bestell-Nr.: **9488**
 Verpackungseinheit: 10 Exemplare
 Preis je Einheit: 29,— DM

WIR MACHEN UNS STARK FÜR
EUROPA

CDU

Die deutsche Europa-Partei

Neu: Sommer-Poster

Bestell-Nr.: **7519**
 Verpackungseinheit: 50 Stück
 Preis pro Einheit: 32,— DM

Bestellungen bitte an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Vermold
Fax (0 54 23) 4 15 21
 Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Europa-Papierfähnchen

Bestell-Nr.: **9513**
 Verpackungseinheit: 1000 Stück
 Preis je Einheit: 107,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Unser Foto zeigt ein Werbeband, das wir versuchsweise als Dekoration beim Bundesausschuß im Saal des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses verwendet haben. Es handelt sich um ein 1 m breites sehr solides Plastikband, das sowohl außen als auch innen zu gebrauchen ist und mit dazugehörigen Befestigungsösen leicht zu installieren ist.

Wenn Sie an einem solchen Band Interesse haben, rufen Sie uns bitte an, damit wir ermitteln können, ob sich eine Produktion in größeren Mengen lohnt. Telefon (0228) 544384.

UiD

20/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** $\frac{1}{2}$ Ver-einigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.